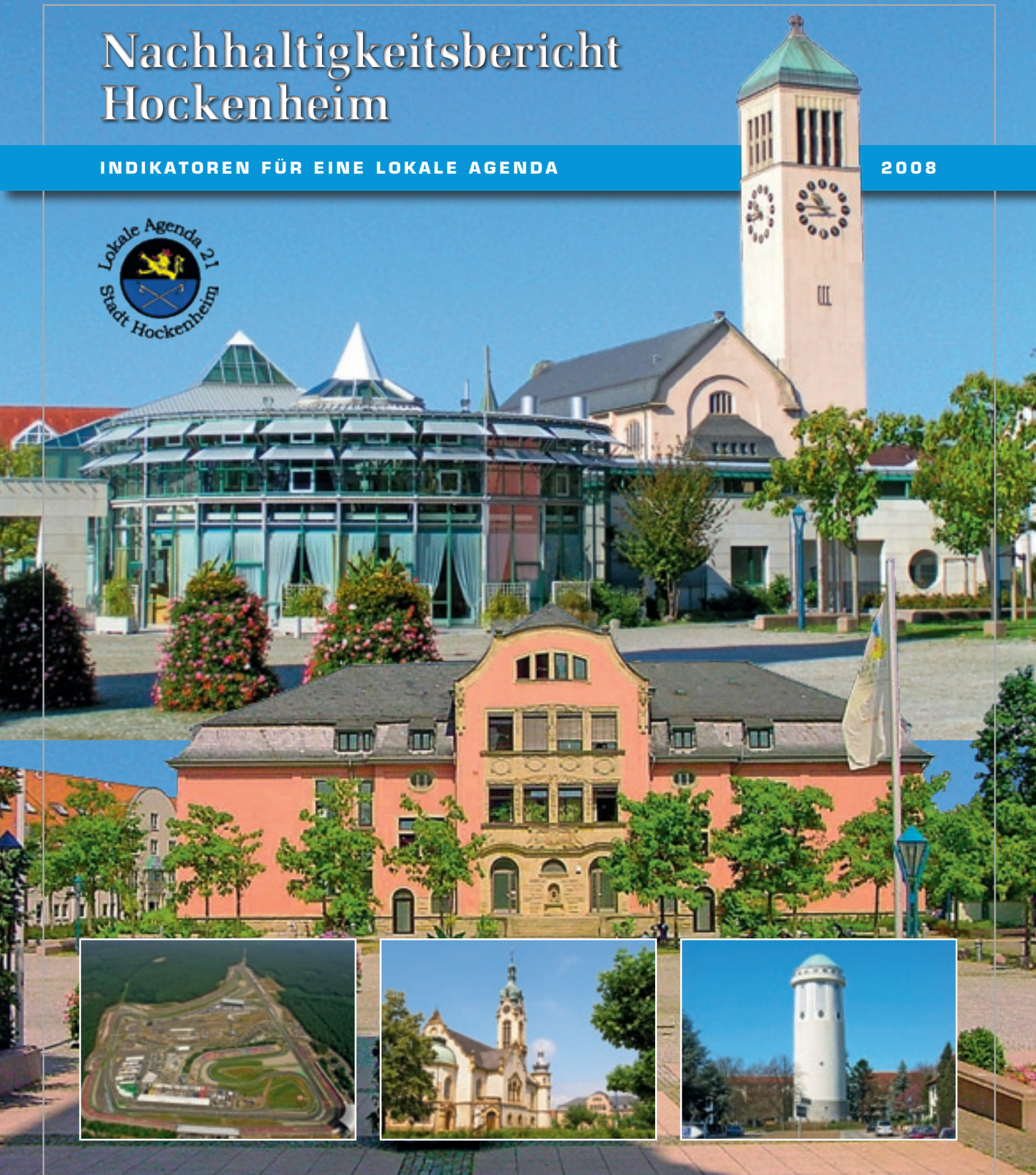


Nachhaltigkeitsbericht Hockenheim

INDIKATOREN FÜR EINE LOKALE AGENDA

2008



IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON:

Große Kreisstadt Hockenheim
Agenda-Büro
Rathausstr. 1
68766 Hockenheim
Tel.: 06205/21-209

BEARBEITET VON:

Sybilla Albert, Andreas Askani, Ta-
bitha Cramer, Horst Eichhorn, Walter
Heinzel, Hildegard Jahn-Petermann,
Birgit Kaschta, Jochen Kern,
Ruth Kupper, Elmar Reiche,
Andreas Sokoll, Dieter Weißbrodt

VORLAGE VON:

Forschungsstätte der Evangelischen
Studiengemeinschaft e.V. (FEST)
Institut für interdisziplinäre For-
schung
Schmeilweg 5
69118 Heidelberg

Ursprüngliches Design:
artefatti, Cinzia Fenoglio, Mannheim

GRAFISCHE ÜBERARBEITUNG:

multimediahaess, Bammental

FOTOS:

Stadt Hockenheim:
Titel, Seiten 1, 4, A3, B2, C4, D5
Alexander Hund:
Titel, Seite 29, A1, A9, C1, D2
Hanspeter Rausch: A2
Christian Engel: Titel, A4, A10
Ruth Kupper:
Seiten 6, 29 (2), A5, A7, B5, C7, D6
Hans Diefenbacher: A6, B6
Birgit Kaschta: A8, Seite 29 (2)
Hockenheim-Ring GmbH: Titel, B7
Gisela Späth: Seite 29
Harald Süß: Seite 29
Cinzia Fenoglio: C2, C3, C5
Carl Zeiss Jena GmbH: B1
Sybilla Albert: B3
HOBA Recycling GmbH: B4
Bettina Albert: Seiten 4, 29
Kurt Kreimes: C6
VHS Bregenz: C8
Elmar Reiche: D1
Manfred Hoffmann: D3
Volkmar Kaschta: Seite 44
Reinhold Gottfried: Seite 47

Auflage:
1.000 Stück

Druck:
dietzdruck, Heidelberg

Grußwort

Verehrte Leserin, verehrter Leser
der 2. Auflage des Hockenheimer
Nachhaltigkeitsberichts,

die Kernfrage der städtischen Entwicklung lautet: „Hat das, was wir tun, Zukunft?“ Seit der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro machen es sich Kommunen im Rahmen der „Lokalen Agenda 21“ zur Aufgabe, Antworten auf die Frage zu geben und Konzepte für eine zukunftsfähige Entwicklung auszuarbeiten. Das Ziel dabei ist, sich für eine Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen einzusetzen, um die Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen zu erhalten. Dazu ist der ständige Dialog der Stadtverwaltung Hockenheim mit ihren Bürgerinnen und Bürgern, den örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft gefordert.

Gerade für langfristig angelegte Planungs- und Entwicklungsstrategien einer nachhaltigen Stadtentwicklung sind grundlegende Erkenntnisse, regelmäßige Kontrollen der Ergebnisse und der Blick auf deren Auswirkungen unverzichtbar. Maßstab für eine Fortentwicklung ist zunächst das Feststellen geeigneter Messgrößen, anhand derer die kommunale Entwicklung unter dem Aspekt der nachhaltigen Entwicklung bewertet werden kann. Auf der Basis geeigneter Messgrößen wurde von der ehemaligen Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (LfU; seit

2006 LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg) das Muster eines kommunalen Nachhaltigkeitsberichtes erarbeitet, der Grundlage für die Erstellung des vorliegenden Nachhaltigkeitsberichtes ist. Die Fortschritte des Agendaprozesses sollen genutzt werden, eine positive Stadtentwicklung in Hockenheim zu verstärken. Wir hoffen, dass Ihnen mit dem vorliegenden Bericht die konkrete Agendaarbeit deutlich wird.

Alle sind herzlich dazu eingeladen, sich in diesem Prozess zu engagieren, um gemeinsam mit anderen Akteuren Zeichen zu setzen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit unserer Stadt Hockenheim. Die Arbeit geht weiter. Ich gehe davon aus, dass dieses Werk als Richtschnur und Dokument für eine nachhaltige Entwicklung Hockenhems sehr hilfreich sein wird, und danke allen, die bisher aktiv am Agendaprozess der Stadt Hockenheim mitgewirkt haben.

Ihr

Dieter Gummer
Oberbürgermeister



INHALTSVERZEICHNIS

Die Lokale Agenda 21	3
Die Lokale Agenda 21 in Hockenheim.....	4
Nachhaltigkeit messen	8
Die Indikatoren.....	10

ÖKOLOGIE

A1 Abfallmengen.....	12
A2 Biotopvernetzung	13
A3 Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen	14
A4 Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen im Alltag.....	15
A5 Entnahme erneuerbarer Ressourcen	16
A6 Energie-Einsatz	17
A7 Mobilität.....	18
A8 Verkehrsbedingungen für Radfahrer.....	19
A9 Erneuerbare Energien	20
A10 Flächenanteil von Natur- schutzgebieten	21

ÖKONOMIE

B1 Wirtschaftsstruktur	22
B2 Sektoraler Wandel	23
B3 Verteilung von Arbeit	24
B4 Betrieblicher Umweltschutz.....	25
B5 Kommunale Umwelt- und Förderprogramme	26
B6 Altersstruktur der Bevölkerung	27
B7 Hockenheim-Ring GmbH: Zuschauerzahlen und Aus- lastungsgrad	28

GESELLSCHAFT/SOZIALES

C1 Verteilung von Einkommen und Vermögen.....	30
C2 Ausbildungsplätze	31
C3 Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur	32
C4 Kulturelles Angebot.....	33
C5 Gesundheitsniveau	34
C6 Sicherheitsniveau	35
C7 Behindertengerechter Nahverkehr	36
C8 Niveau von Aus- und Weiterbildung	37

PARTIZIPATION

D1 Ehrenamtliches Engagement	38
D2 Demokratisches Engagement.....	39
D3 Kommunalen Einsatz für internationale Gerechtigkeit.....	40
D4 Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben.....	41
D5 Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen	42
D6 Teilhabe am Nachhaltig- keitsprozess.....	43

Wie geht es weiter?.....44

Quellen und Literatur

Adressen und Ansprechpartner.....46

Die Lokale Agenda 21

WORUM GEHT ES BEI NACHHALTIGER ENTWICKLUNG UND AGENDA 21?

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wurde schon Ende des 18. Jahrhunderts von der deutschen Forstwirtschaft geprägt. Georg Ludwig Hartig, Oberforstmeister aus Dillenburg, schrieb vor über 200 Jahren, dass die Wälder so genutzt werden sollen, „dass die Nachkommenschaft ebensoviel Vorteile daraus ziehen kann, als sich die jetzt lebende Generation zueignet“.

Eine ähnliche Definition der „Nachhaltigen Entwicklung“ verwendet auch der Brundtland-Bericht von 1987; hier heißt es: „Unter dauerhafter Entwicklung verstehen wir eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“

Durch die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED), die im Jahr 1992 in Rio de Janeiro abgehalten wurde, ist „sustainable development“ als Leitbegriff weltweit bekannt geworden; er bildet einen Bezugspunkt für integrative Politik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

Ob „nachhaltig“, „dauerhaft umweltgerecht“ oder „zukunftsfähig“ – der Begriff lässt viele alternative und abstrakte Auslegungen zu. Dennoch besteht eine breite Übereinstimmung, dass Nachhaltigkeit nicht auf den Bereich der Ökologie zu beschränken ist, sondern dass auch wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche

Aspekte zu berücksichtigen sind. Nicht nur auf internationaler, sondern auch auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene müssen Schutz der Umwelt, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Belange und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger integriert werden, denn nur ein Gleichgewicht dieser verschiedenen Aspekte kann zu einer nachhaltigen Entwicklung führen.

Auf der Konferenz in Rio unterzeichneten 179 Staaten ein „Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert“ – die Agenda 21. In dem mehrere hundert Seiten umfassenden Dokument werden Handlungsmaßnahmen beschrieben, die zur Umsetzung einer globalen nachhaltigen Entwicklung beitragen sollen. Die 40 Kapitel enthalten unter anderem Instrumente für die Bereiche Klima- und Energiepolitik, Armutsbekämpfung sowie Bevölkerungs- und Landwirtschaftspolitik. Die Ziele können in diesen Politikfeldern nur dann erreicht werden, wenn auch vor Ort, auf der regionalen und lokalen Ebene, eine nachhaltige Entwicklung verfolgt wird.

Bereits im Vorfeld der UNCED-Verhandlungen konnten sich die vom Internationalen Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) vertretenen Kommunen mit ihrer Forderung durchsetzen, nicht nur als ausführende Organe nationaler Politik, sondern als eigenständige Akteure bei der Umsetzung des Aktionsprogramms berücksichtigt zu werden.

Daher fordert Kapitel 28 der Agenda 21 in Rio explizit weltweit die Beteiligung der Kommunen: „Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine ‚kommunale Agenda 21‘ beschließen.“

Dieser Aufruf soll Kommunen dazu bewegen, einen Lokale-Agenda-21-Prozess in Gang zu setzen und mit allen gesellschaftlichen Gruppen vor Ort ein Handlungsprogramm zu erarbeiten. Jede Kommune muss dabei unter Beachtung ihrer jeweiligen Rahmenbedingungen ihren eigenen Weg finden.

Das bedeutet: Kommunen sind aufgerufen, ihre Stärken, aber auch ihre Schwächen im Blick auf das Ziel der nachhaltigen Entwicklung zu ermitteln. Sie können sich Ziele setzen und ihren Weg mit Hilfe von Indikatoren zu den verschiedenen Problemfeldern sichtbar machen. Vor allem aber können sie Maßnahmen und Projekte entwickeln, die dazu beitragen, diese Ziele zu verwirklichen.

Die Lokale Agenda 21 in Hockenheim

WAS IST BISLANG GESCHEHEN?

Der Gemeinderat der Stadt Hockenheim hat sich im Oktober 1998 zu seiner Verantwortung für eine weltweite nachhaltige Entwicklung bekannt und beschlossen, eine Lokale Agenda 21 in Hockenheim unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aufzustellen. Als Vorarbeit für eine Umsetzung hatte die Stadtverwaltung 2000 einen ersten Nachhaltigkeitsbericht erarbeitet, der dokumentiert, dass bereits vor Verabschiedung der Agenda 21 nachhaltige und zukunftsweisende Projekte in Hockenheim geplant und umgesetzt wurden.

Die Einstiegsphase wurde durch eine professionelle Institution geplant und begleitet. Mit der Auftaktveranstaltung im Juni 2001 wurde dann der „Startschuss“ gegeben. Neben einer allgemeinen Einführung haben sich 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Arbeitskreise „Freizeit, Kultur und Soziales“, „Freizeit, Kultur, Soziales und Jugend“, „Mobilität und Verkehr“, „Wirtschaft und Arbeit“ und „Wohnen“ verteilt. Die Arbeitsgruppen trafen sich im Anschluss an die Auftaktveranstaltung in fünf Sitzungen. Die Arbeitsergebnisse wurden in einer öffentlichen Veranstaltung im Oktober 2001 präsentiert, diese bildete gleichzeitig den Auftakt zur Projektphase der Lokalen Agenda 21 in Hockenheim, in der konkrete Projekte aufgegriffen und umgesetzt werden.

Auf der Basis eines von der ehemaligen Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (LfU) erarbeiteten

ten Musters wurde 2003 mit Unterstützung der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) die erste Auflage des kommunalen Nachhaltigkeitsberichts erstellt. In der hier vorliegenden zweiten Auflage von 2008 wurden die Daten der einzelnen Indikatoren sowie die Textpassagen aktualisiert und überarbeitet.

Nachstehend wird ein Überblick über die laufenden sowie bereits abgeschlossenen Projekte gegeben.

Laufende Projekte:

HOCKENHEIMER TAG DER ARTENVIELFALT

Ziel der Projektgruppe „Artenvielfalt“ ist es, Bewusstsein zu schaffen, für das, was uns die Natur auf Hockenheimer Gemarkung bietet und für die Notwendigkeit der Erhaltung dieses Schatzes. Besonders in Zeiten,

in denen Fernsehsendungen von Kindern berichten, die glauben, Hühner seien aus Nuggets gemacht und Kühe lilafarben, gewinnt diese Aufgabe mehr und mehr an Bedeutung.

Am 27. Juni 2004 veranstaltete die Projektgruppe erstmalig den „Hockenheimer Tag der Artenvielfalt“, der mittlerweile jedes Jahr zu einem festen Termin im Veranstaltungskalender der Stadt geworden ist. Die Bevölkerung hat am Tag der Artenvielfalt die Möglichkeit, Wissenschaftler zu begleiten und somit aktiv die Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt in und um Hockenheim zu erleben. Die hierbei gefundenen Arten werden seit 2006 in die Gesamtartenliste der Fachzeitschrift GEO eingetragen und dort veröffentlicht.

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Der Arbeitskreis Wirtschaft und Arbeit hat sich im Jahr 2002 zu Beginn seiner Arbeit mit dem Einzelhandel in Hockenheim beschäftigt. Eine Umfrage ergab Handlungsbedarf in den Punkten Öffnungszeiten und Produktvielfalt. Für das Thema Ladenöffnungszeiten wurden in einem Runden Tisch Lösungsansätze gemeinsam mit Einzelhändlern und einigen (wenigen) Befragten erarbeitet. Im November 2002 veranstaltete der Arbeitskreis zusammen mit der LfU, der Industrie und Handelskammer Rhein-Neckar und der Handwerkskammer Mannheim einen Workshop zum Thema „Umsetzung der Lokalen



Agenda 21 bei Handwerk und Wirtschaft“ in Hockenheim.

2005 wurde ein weiterer Runder Tisch ins Leben gerufen, der sich mit der Revitalisierung der Hockenheimer Innenstadt beschäftigte. Grundlage für diese Arbeit war unter anderem auch der vom Arbeitskreis erstellte Bericht „Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung in Hockenheim“, dessen Daten die Basis für die Formulierung eines integrierten Handlungskonzeptes für die Innenstadt wurde. In der projektbegleitenden Arbeitsgruppe für das im Dezember 2007 vom Gemeinderat verabschiedete Einzelhandels-Konzept für Hockenheim war der Arbeitskreis auch beteiligt.

Ein weiteres wichtiges Thema für den Arbeitskreis ist die Ausbildung junger Menschen, der Arbeitskreis engagiert sich in der Vorbereitung des Hockenheimer Ausbildungstages.

Das Themenfeld „Erneuerbare Energien“, auch für die Hockenheimer Wirtschaft ein wichtiger Faktor, soll im Rahmen eines neuen Projektes gemeinsam mit den Stadtwerken angegangen werden.

MITFAHRBÖRSE

Die Entwicklung im motorisierten Individualverkehr der letzten Jahrzehnte hat sowohl einen hohen Verbrauch fossiler Energieträger als auch einen zunehmenden Flächenverbrauch zur Folge. Die Mitfahrbörse möchte einerseits einen Beitrag zur Reduzierung des Individualverkehrs



leisten, aber auch gleichzeitig zur Kostenminimierung bei den Einzelnen beitragen. Eine ganze Reihe ständiger Angebote und Nachfragen, sowie Einzelfahrten werden von der Mitfahrbörse regelmäßig im Internet (www.hockenheim.de/main/info/lo-kaleagenda/00010/mitfahrgelegenheiten.de), sowie in der „Hockenheimer Woche“ veröffentlicht. Interessenten werden kostenfrei an die jeweiligen Fahrer verwiesen. Mittlerweile haben sich bereits feste Fahrgemeinschaften gebildet, außerdem wurden zahlreiche Einzelfahrten vermittelt.

VERBESSERTERADFAHRMÖGLICHKEITEN SCHAFFEN

Die Arbeitsgruppe setzt sich seit Jahren für die Belange von Radfahrern und damit auch gleichzeitig für die Belange von Rollstuhlfahrern und Rollator-Benutzern ein. In der Anfangsphase wurde von der Gruppe der Ist-Zustand erfasst und bewertet. Hieraus wurden Vorschläge abgeleitet. Das Konzept zielte vor allem auf drei Punkte ab: Es sollen Gefahrenpunkte beseitigt und ein Radrینگ um Hockenheim sowie Radachsen im Stadtgebiet geschaffen werden.

Der Projektgruppensprecher beteiligt sich an den Verkehrstagefahrten und sitzt in der Verkehrskommission. 2008 wurden aufgrund seiner Anregungen die engen Umlauf-Schranken im Stadtgebiet vom Stadtbauamt überprüft.

MOBILITÄT FÜR SENIOREN UND GEHBEHINDERTE

Die Projektgruppe möchte für ältere und gehbehinderte Bürgerinnen und Bürger, aber zugleich auch für Familien mit Kindern, einen Beitrag zu Selbstständigkeit und Lebensqualität leisten. Hierzu gehören vor allem die Bereiche Gehwege sowie der Bus- und Bahnverkehr. Leider hat sich an den Problemen des Bahnhofs, der weder über Aufzüge, noch über Rolltreppen verfügt, keine Verbesserung ergeben, mit einem Umbau ist in den nächsten Jahren nicht zu rechnen.

Die Gruppe wird mittlerweile bei Planungen zum behindertengerechten Ausbau der Bushaltestellen und Gehwege vom städtischen Bauamt eingebunden.



Zum Jahresende 2007 hat die Projektgruppe die Broschüre „Mit dem Rollstuhl unterwegs – Barrierefreies Hockenheim“ fertiggestellt, in der alle öffentlichen Einrichtungen, alle Praxen und alle Geschäfte aufgeführt sind, die barrierefrei oder mit nur einer Stufe zugänglich sind. Die Resonanz auf diese Broschüre war sehr positiv.

KUNST-AKTIONS-PROGRAMM

Der Kunstverein Hockenheim e.V. hat es sich seit seiner Gründung Anfang 2002 zur Aufgabe gemacht, durch die Einrichtung einer Agenda-Projektgruppe aktiv die Ziele der Lokalen Agenda 21 zu verfolgen und mit spezifischen Themenstellungen breite Bevölkerungskreise (u.a. Kindergärten, Schulen, Altenheime) einzubinden.

Im Jahr 2003 griff das Projekt „Himmel-Wiese-Erde“ den Agenda-Gedanken in Anlehnung an die Freilandinstallationen der Künstler Ilse Müller und Karlheinz Zwick auf, die im Juli auf dem Insultheimer Hof zu sehen waren. Angelehnt an den im Sommer durchgeführten „Tag der Artenvielfalt“ standen die Projekte 2004 unter dem Motto „Artenschutz-Artenvielfalt“.

Ab 2005 rückte der Mensch in allen seinen Facetten in den Vordergrund. 2005 lautete das Thema „Kinder“, nahtlos daran anknüpfend das Projekt „Freundschaft“ 2006, das wieder zahlreiche Teilnehmer zu begeistern vermochte.



Das jüngste Projekt „Fremde-Heimat-Zukunft“ umfasste die Jahre 2007 und 2008 und war sehr weit gefächert (u.a. Lesungen, Filmvorführungen, Malaktionen).

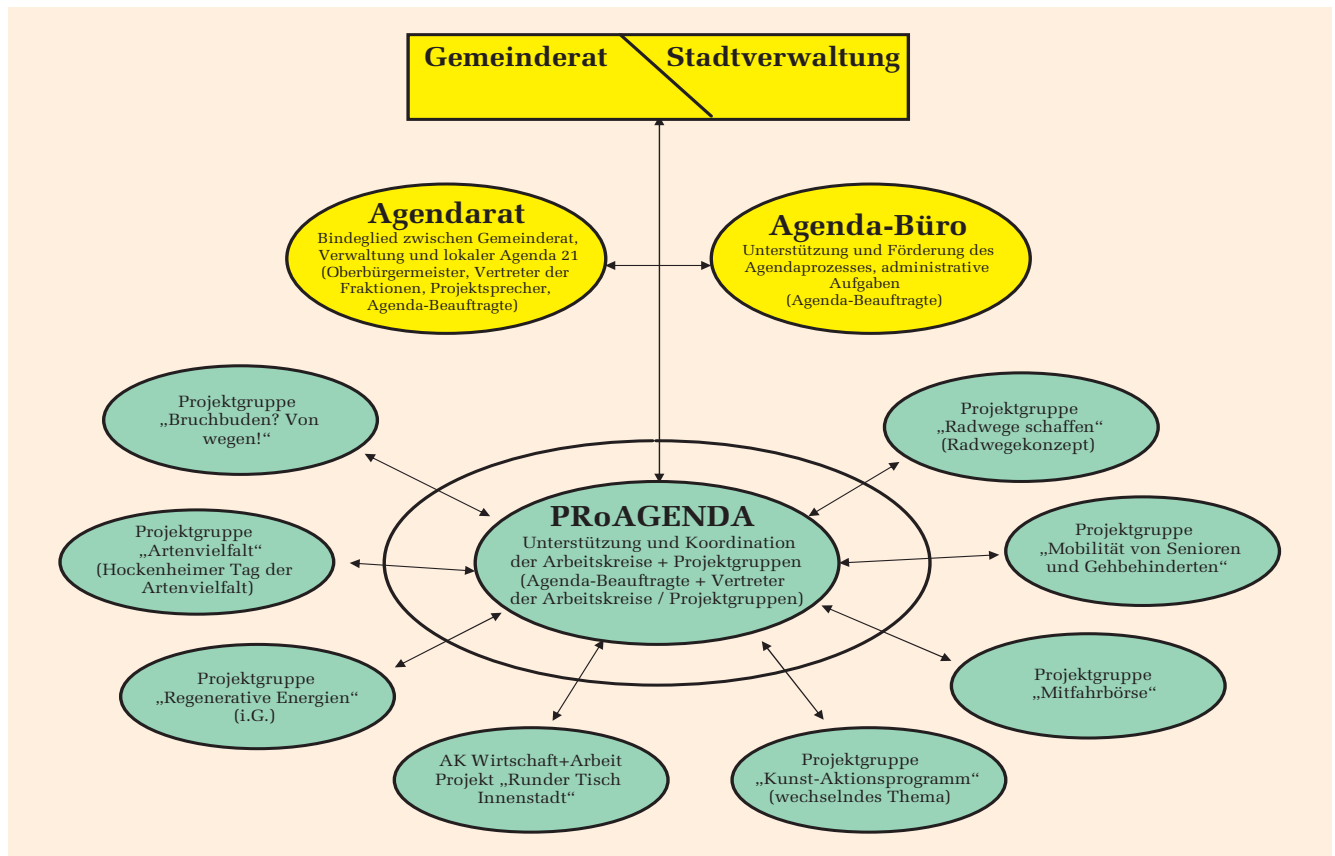
BRUCHBUDEN? VON WEGEN!

Die Namensgebung der Gruppe ist seit dem Spätherbst 2005 für eine Reihe von Bürgerinnen und Bürgern Auftrag und Programm. Erste Recherchen haben gezeigt, dass hinter so mancher modernisierten Fassade eine alte und oft liebevoll gepflegte Bausubstanz vorhanden ist. Außerdem wurde offenkundig, dass in einigen privaten und öffentlichen Archiven viele Fotos, Zeichnungen und Beschreibungen von Gebäuden existieren. Die Mitglieder der Projektgruppe tragen Unterlagen und Daten von bemerkenswerten, insbesondere älteren Hockheimer Gebäuden zusammen, werten aus und machen die Ergebnisse durch einen eigenen Internet-Auftritt (www.bruchbuden-von-wegen.de) bekannt.

Abgeschlossene Projekte:

LEITLINIEN FÜR ÖKOLOGISCHE BEBAUUNGSPLÄNE

Ausgelöst durch eine Vortragsveranstaltung zum Thema „Flächenverbrauch und Gemeindefinanzierungen“ im April 2003, die zusammen mit dem Naturschutzbund (NABU) stattfand, konzentrierte sich die Arbeitsgruppe auf die Frage der Flächennutzung in Hockenheim. Hierzu wurde auf der einen Seite die Flächenentwicklung und auf der anderen Seite die Bevölkerungsentwicklung der Stadt untersucht. Es wurde festgestellt, dass der Flächenverbrauch für Wohnbaugebiete, Gewerbegebiete und Verkehrswege in den zurückliegenden Jahrzehnten rasant gestiegen war, und weit über dem Flächenverbrauch in den verglichenen Kommunen lag. Gemäß der Zielsetzung „Vom Flächenverbrauch zum Flächen-Management“ wurden konkrete Vorschläge zur Reduzierung des Flächenverbrauchs in Hockenheim erarbeitet. Die Arbeitsgruppe schloss ihre Aktivitäten mit dem im Sommer 2005 erstellten Abschlussbe-



richt „Flächennutzung und -verbrauch in Hockenheim – Langfristige Entwicklung und Vorschläge aus nachhaltiger Sicht“ ab.

SCHÜLERCAFÉ

Mit der Eröffnung der Mensa im Gauß-Gymnasium im April 2007 wurde das Projekt „Schülercafé im Schulzentrum“ abgeschlossen. Der ursprünglich angedachte Einsatz von Eltern war von Beginn an unnötig, da das Essen angeliefert und auch ausgeteilt wurde. Eltern wurden von Schule und Schulträger lediglich als Aufsichtspersonen angefragt. Diese Einteilung übernahm eine Person der Agenda-Gruppe, der Rest der Gruppe „Schülercafé“ löste sich auf.

Durch verschiedene Probleme, die beim Mensabetrieb auftauchten (z.B. fehlende Werbung), der verteilten Zuständigkeit, teilweise unzuverlässigen

Öffnungszeiten von Seiten des Caterers und sehr schlicht ausgestatteten Übergangs-Mensaräumen konnten die angestrebten 100 Essen leider nicht erreicht werden.

Der Wunsch der Projektgruppe, eine Mensa für das gesamte Schulzentrum einzurichten, scheint jedoch in näherer Zukunft erreichbar, soll doch die Stadtbibliothek in die dann neu errichtete Zehntscheuer umziehen und Platz machen für die Mittagsverpflegung aller Hockenheimer Schülerinnen und Schüler.

Das Agenda-Büro

Das Agenda-Büro der Stadtverwaltung, das zunächst beim Stadtbauamt, seit 2008 beim Hauptamt angesiedelt ist, übernimmt für die Projekt-Gruppen organisatorische Aufgaben – es verschickt die Sitzungsprotokolle und Einladungen,

reserviert Räume und ist Bindeglied zwischen Agenda-Aktiven und Stadtverwaltung. Darüber hinaus informiert das Agenda-Büro die Projekt-Gruppen über aktuelle Entwicklungen in Baden-Württemberg und initiiert gemeinsam mit den Agenda-Aktiven neue Projekte. Die Agenda-Beauftragte ist Ansprechpartnerin für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Der Agendarat ist ein Austausch- und Vernetzungsgremium zwischen den Projektgruppen, der Verwaltung und dem Gemeinderat. Der Agendarat fördert den Gesamtprozess der lokalen Agenda 21 in vielfältiger Weise. Vertreten sind im Agendarat Mitglieder des Gemeinderats, die Sprecher der Projektgruppen sowie Oberbürgermeister und Agenda-Beauftragte/r. Die Sprecher der Projektgruppen treffen sich in monatlich beim Projektsprechertreffen PRoAGENDA.

Nachhaltigkeit messen

WARUM BRAUCHT MAN INDIKATOREN?

Indikatoren sind Mess- oder Kenngrößen für die Bewertung und Trendbeschreibung zentraler Problemfelder einer nachhaltigen Entwicklung.

Werden mehrere Indikatoren in systematischer Art und Weise zusammengefasst, so spricht man von einem Indikatorensystem. Das hier vorgestellte Indikatorensystem orientiert sich an Leitlinien und Kriterien, die für das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in Kommunen und bei der Lokalen Agenda eine zentrale Rolle spielen. Dabei werden vier Bereiche angesprochen: Ökologie, Ökonomie, der soziale Bereich und die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. In jedem dieser Bereiche wurden jeweils sechs Leitlinien oder Teil-Ziele nachhaltiger Entwicklung formuliert, die wiederum mit je einem zentralen Indikator beschrieben werden.

Mit den vier Bereichen sind die Handlungsfelder genannt, um die es bei dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung geht; die Leitlinien oder Teil-Ziele benennen einzelne Problemfelder; die Indikatoren schließlich können im Rahmen der Kommunalpolitik verschiedene Funktionen übernehmen:

- sie können verdeutlichen, wo möglicherweise Handlungsbedarf in der Kommune besteht, an welchen Stellen und in welcher Richtung Verbesserungen möglich sind,

- sie signalisieren außerdem, wo in der letzten Zeit etwas erreicht wurde, wo kommunalpolitische Maßnahmen oder die Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich waren,
- sie erlauben (mit Einschränkungen) einen Vergleich mit anderen Kommunen und
- sie können Lücken in den vorhandenen Daten identifizieren und so Verbesserungen in der Kommunalstatistik anregen.

Mit anderen Worten: Indikatoren und Indikatorensysteme können dabei helfen, die richtigen Maßnahmen zu finden, um die Lebensqualität in der Kommune zu erhöhen oder sicherzustellen. Wie die Lokale Agenda 21 auch, so richtet sich das Indikatorensystem keineswegs nur an die Kommunalpolitik oder an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltung. Eine breite Diskussion der Entwicklungen, die durch die Zeitreihen der Indikatoren deutlich zutage treten, kann dazu beitragen, Projekte zur Kommunalentwicklung zu finden, die schließlich das „Herz“ jeder Lokalen Agenda sind.

Das Indikatorensystem enthält im Wesentlichen die Indikatoren, die im Leitfaden „Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21“ vorgeschlagen wurden. Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte dieses Leitfadens verdeutlicht besonders gut, wie das Indikatorensystem verwendet werden kann – und wo seine Grenzen liegen.

Die Arbeit an dem System begann in den Jahren 1996/97, als mit Förderung durch das Projekt „Angewandte Ökologie“ der LfU in einem Pilotprojekt ein System mit 60 Indikatoren für die Stadt Heidelberg und den Rhein-Neckar-Kreis entwickelt und getestet wurde. Dazu wurden bereits vorliegende Systeme ausgewertet; vor allem aber wurde ein Katalog möglicher Teil-Ziele nachhaltiger Entwicklung und, in einem zweiten Schritt, die dazugehörigen Indikatoren mit vielen verschiedenen Gruppen und Gesprächskreisen in den beteiligten Kommunen diskutiert und Vorschläge zur Überarbeitung gesammelt. Die Teil-Ziele und Indikatoren dieses Pilotprojektes können daher als Ergebnis eines längeren Prozesses angesehen werden, an dem verschiedene Gruppen von Wissenschaftlern, vor allem aber auch Bürgerinnen und Bürger der Region beteiligt waren. Insbesondere die Formulierung der Teil-Ziele nachhaltiger Entwicklung erwies sich dabei weitgehend als konsensfähig.

In einer zweiten Phase wurde die Arbeit an Indikatorensystemen auf weitere Kommunen ausgedehnt, deren Verwaltungen Interesse an einer Übertragung auf ihre Stadt hatten. Bereits bei den Studien, die für die Stadt Viernheim in Südhessen und für Aalen im Ostalbkreis entstanden, zeigte sich, dass an einigen Stellen der Wunsch auftrat, sowohl die Teil-Ziele nachhaltiger Entwicklung als auch Indikatoren an die jeweils lokalen Gegebenheiten anzupassen. Hier und in einer weiteren Studie für Luxembourg-Stadt wurde aber deutlich, dass es einen Kernbereich von Teil-Zielen und Indikatoren gab, die von den meisten Beteiligten für unverzichtbar gehalten wurden.

Aus diesen Erfahrungen entstand die Idee, ein möglichst leicht handhabbares und praxisnahes Indikatorensystem zu entwickeln, das auf der einen Seite einen Kern von festen Indikatoren enthalten, auf der anderen Seite aber flexibel genug sein sollte, um durch die Aufnahme zusätzlicher Teil-Ziele und Indikatoren auf die besonderen Gegebenheiten einer Kommune reagieren zu können.

Ein erster Entwurf eines solchen Systems wurde im Auftrag der Umweltministerien von vier Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Thüringen) und in Zusammenarbeit mit 16 Kommunen erstellt und getestet. Beteiligt waren zwölf Gemeinden (Alsfeld, Aschaffenburg, Augsburg, Boll, Erfurt, Heide-land-Elstertal, Hohenstein, Karlsruhe, Mühlhausen/ Thür., Rödental, Rüsselsheim und Waiblingen) sowie vier Landkreise (Darmstadt-Dieburg, Lörrach, Nordhausen und Roth). Die Erfahrungen dieses Projekts führten dann zur Erarbeitung des bereits erwähnten Leitfadens.

Die erste Auflage des vorliegenden Indikatorenberichtes aus dem Jahre 2003 enthielt die 24 Kern-Indikatoren des Leitfadens sowie sechs ergänzende Indikatoren, die auf die besonderen Gegebenheiten der hiesigen Kommunalentwicklung und der Lokalen Agenda 21 eingingen.

In der zweiten Auflage wurden die Ergänzungsindikatoren thematisch den vier Handlungsbereichen zugeordnet. Aufgrund unterschiedlicher Gründe (z.B. fehlendes Datenmaterial, zu wenig Aussagekraft der Indikatoren für Hockenheim) fanden einige Indikatoren bei der Fortschreibung keine Berücksichtigung mehr. Zum Ausgleich wurden neue Indikatoren hinzugefügt. Die nachfolgenden zwei Seiten geben einen Überblick über die verwendeten Indikatoren dieses Berichtes, kennzeichnen hierbei die neuen Indikatoren und führen am Schluss die gestrichenen auf.

Einige Problembereiche, die für Lokale Agendaprozesse häufig eine große Rolle spielen, wurden bei den Kern-Indikatoren nicht berücksichtigt, da methodische Probleme wissenschaftlich noch nicht genügend geklärt sind oder sich die Datenerhebung extrem aufwendig gestalten würde. Der erstgenannte Grund ist dafür verantwortlich, dass sich unter den Kern-Indikatoren kein eigenständiger Indikator zur Artenvielfalt findet.

Extrem aufwendig würde sich etwa die Erhebung objektiver Daten zur Lärmbelastung gestalten; dieser Aufwand schien für den vorliegenden Bericht nicht zumutbar.

Eine weitere Lücke besteht bei den sogenannten „weichen“ Indikatoren, mit denen Einstellungen und das subjektive Empfinden der Lebensqualität der Wohnbevölkerung nachgezeichnet werden können. Weiche Indikatoren lassen sich durch periodisch wiederholte standardisierte Repräsentativbefragungen ermitteln. Auch dieser Bereich ist aufgrund des hohen Aufwandes, der für belastbares Datenmaterial notwendig ist, zunächst nicht berücksichtigt worden.

Der Vergleich der Kommunen untereinander ist weniger wichtig, sondern vielmehr die Betrachtung der Entwicklung der eigenen Kommune im Zeitablauf. Wo stand die Kommune vor zehn Jahren – wo steht sie heute? Haben eigene Anstrengungen, Maßnahmen und Projekte erkennbare Wirkungen? Die Diskussion darüber ist auch und gerade ein Thema der Lokalen Agenda.

Die Indikatoren

ÖKOLOGIE

- A1 Abfallmengen**
Siedlungsabfälle in kg pro Einwohner
- A2 Biotopvernetzung (neu)**
Jährliche kommunale Ausgaben für die Biotopvernetzung
- A3 Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen**
Anteil der Bodenflächen nach Nutzungsarten in Prozent der Gesamtfläche
- A4 Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen im Alltag (neu)**
Verbrauch Siedlungs- und Straßenfläche pro Einwohner
- A5 Entnahme erneuerbarer Ressourcen (ehemals A4)**
Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Einwohner und Tag
- A6 Energie-Einsatz (ehemals A5)**
Stromverbrauch der privaten Haushalte in kWh pro Einwohner
- A7 Mobilität (ehemals A6)**
Anzahl der Pkw pro 1.000 Einwohner
- A8 Verkehrsbedingungen für Radfahrer (ehemals E1)**
Länge des Radwegenetzes in Prozent des gesamten Straßennetzes
- A9 Erneuerbare Energien (neu)**
Anteil von Strom aus privaten Photovoltaik-Anlagen am kommunalen Gesamtstrom
- A10 Flächenanteil von Naturschutzgebieten (ehemals E2)**
Anteil der Naturschutzflächen in Prozent der Gesamtfläche

ÖKONOMIE

- B1 Wirtschaftsstruktur (ehemals B3)**
Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen
- B2 Sektoraler Wandel (neu)**
Wirtschaftssektoren im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft
- B3 Verteilung von Arbeit (ehemals B1)**
Zahl der Arbeitslosen insgesamt und differenziert nach gesellschaftlichen Gruppen
- B4 Betrieblicher Umweltschutz (ehemals B6)**
Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit
- B5 Kommunale Umwelt- und Förderprogramme (ehemals E3)**
Finanzielle Zuschüsse der Stadt Hockenheim
- B6 Altersstruktur der Bevölkerung (ehemals E4)**
Altersstruktur der Einwohner in Hockenheim
- B7 Hockenheim-Ring GmbH: Zuschauerzahlen und Auslastungsgrad (ehemals E5)**
Entwicklung der Zuschauerzahlen und das Auslastungsgrades des Hockenheim-Rings Baden-Württemberg

GESELLSCHAFT/SOZIALES

- C1 Verteilung von Einkommen und Vermögen**
Zahl der Empfänger von laufender Hilfe pro 1.000 Einwohner
- C2 Ausbildungsplätze**
Anzahl der Ausbildungsverhältnisse pro 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigter
- C3 Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur**
Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo
- C4 Kulturelles Angebot (neu)**
Bestand an Medien in nichtwissenschaftlichen öffentlich zugänglichen Bibliotheken pro 1.000 Einwohner
- C5 Gesundheitsniveau**
Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchungen
- C6 Sicherheitsniveau**
Bekanntgewordene Straftaten pro 1.000 Einwohner
- C7 Behindertengerechter Nahverkehr (neu)**
Anzahl behindertengerechter Bushaltestellen
- C8 Niveau von Aus- und Weiterbildung (ehemals C4)**
Anzahl der Teilnehmer/innen an VHS-Veranstaltungen pro 1.000 Einwohner

PARTIZIPATION

- D1 Ehrenamtliches Engagement**
Zahl der eingetragenen Vereine pro 1.000 Einwohner
- D2 Demokratisches Engagement**
Wahlbeteiligung
- D3 Kommunalen Einsatz für internationale Gerechtigkeit**
Anteil kommunaler Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts
- D4 Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben**
Anteil der Frauen im Kommunalparlament
- D5 Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen**
Anteil kommunaler Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts
- D6 Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess**
Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 pro 1.000 Einwohner

IN DIESER AUFLAGE NICHT MEHR BEHANDELTE INDIKATOREN:

Möglichst niedrige Luftverschmutzung (ehemals A2)

Regionaler Selbstversorgungsgrad (ehemals B2)

Hohe Preisniveaustabilität (ehemals B4)

Struktur öffentlicher Haushalte (ehemals B5)

Nachhaltiger Fremdenverkehr (ehemals E6)

Abfallmengen

A1

INDIKATOR

Siedlungsabfälle in kg pro Einwohner

ÖKOLOGIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Zu den Siedlungsabfällen gehören Haus- und Sperrmüll einschließlich hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle, ferner Grün- und Bio-Abfälle, Wertstoffe aus kommunalen Wertstoffsammlungen sowie Fäkalien, Rückstände aus der Kanalisation, Wasserreinigungsschlämme aus öffentlichen Anlagen und kommunale Klärschlämme. Produktionsabfälle und Sondermüll zählen ebenso wenig zu den Siedlungsabfällen wie Bodenaushub, Bauschutt oder Straßenaufbruch.

■ BEDEUTUNG

Eine möglichst niedrige Abfallmenge spricht für eine besonders nachhaltige Wirtschaft: Die Stoffströme sind gering, der mit der Entsorgung der Abfälle verbundene Energie- und Transportaufwand ist niedrig, der endgültige Verbrauch natürlicher Ressourcen ebenfalls. Dennoch – eine gewisse Vorsicht ist am Platz: Die

Recycling-Rate kann eine gewisse Entlastung schaffen und muss zur Interpretation der absoluten Zahlen des Abfallaufkommens mit herangezogen werden. Dennoch: In hochentwickelten Ländern kann in den nächsten Jahren eine Zielsetzung in einer deutlichen Reduktion des Abfallaufkommens pro Kopf bestehen.

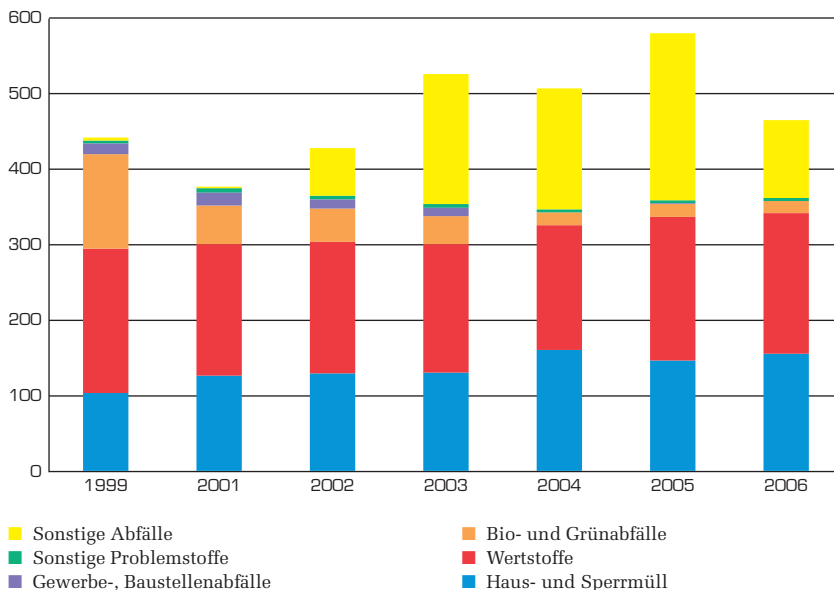


■ ENTWICKLUNG

Da die AVR die Zahlen für Hockenheim nicht aus den gesammelten Daten errechnen kann, liegen die Zahlen für den gesamten Rhein-Neckar-Kreis zu Grunde.

Das Aufkommen und die Art von Siedlungsabfällen ist eine für den Landkreis bis 2001 erfreuliche Statistik. Im Jahr 2001 hat der Landkreis pro Einwohner 210 kg weniger Abfall produziert als im Landesdurchschnitt ermittelt wurde. Allerdings ist ein Anstieg in den Folgejahren zu verzeichnen. Die letzten Zahlen sind aus dem Jahr 2006 und es gibt wieder eine fallende Tendenz. Die sonstigen Abfälle werden seit 2002 modifiziert ausgewertet und sind deshalb so hoch. Der Anteil der Bioabfälle ist hingegen sehr gering. Die Kompostierung in den privaten Haushalten geht in diese Statistik allerdings nicht ein.

Siedlungsabfälle (kg) pro Einwohner



Quelle: Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg

Biotopvernetzung

A2

INDIKATOR

Jährliche kommunale Ausgaben für die Biotopvernetzung

ÖKOLOGIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Anders als beispielsweise bei der Ausweisung eines neuen Naturschutzgebiets, einem aufwändigen naturschutzrechtlichen Verfahren unter Beteiligung der übergeordneten Naturschutzbehörden, ist die Kommune für die Maßnahmen im Rahmen der Biotopvernetzung selbst verantwortlich.

Die Gelder, die eine Kommune für den Erhalt, die Pflege und die Entwicklung der natürlichen Lebensräume ausgibt, sind somit ein Indikator für deren Anstrengungen im Bereich Naturschutz und Erhaltung der Artenvielfalt.

■ BEDEUTUNG

Um die natürlichen Lebensräume der heimischen Flora und Fauna zu erhalten und zu verbessern sind seitens der Kommune gewisse finanzielle Anstrengungen notwendig. Dabei sind nicht so sehr spektaku-

läre Einzelmaßnahmen mit hohem finanziellem Aufwand, die dafür nur sporadisch stattfinden, gefragt, sondern eher die kontinuierliche, gewissenhafte Pflege der Biotope.



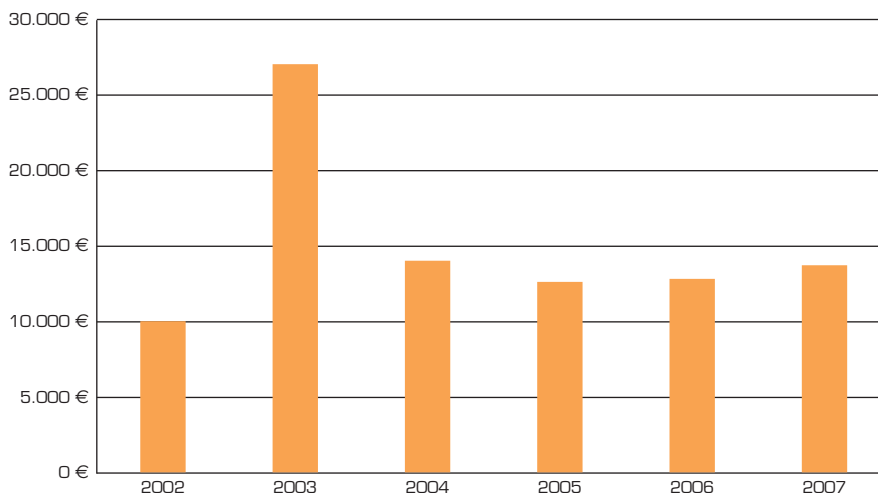
■ ENTWICKLUNG

Die Ausgaben der Stadt Hockenheim im Bereich Biotopvernetzung liegen seit 2002 konstant zwischen 10.000 und 13.000 € jährlich (Ausnahme 2003: zusätzliche Heckenpflege in Naturschutzgebieten). Das lässt darauf schließen, dass die natürlichen Lebensräume wie gewünscht kontinuierlich gepflegt und fortentwickelt werden.

Ob eine Erhöhung der jährlichen Ausgaben noch weitere Verbesserungen bringen könnte, müsste im Einzelnen geprüft werden.

Quelle: Stadt Hockenheim

Kommunale Ausgaben für die Biotopvernetzung



Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen

A3

INDIKATOR Anteil der Bodenflächen nach Nutzungsarten in Prozent der Gesamtfläche

ÖKOLOGIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich zusammen aus Gebäudeflächen, Betriebsflächen, Erholungsflächen und Flächen, die dem Straßen-, Schienen- und Luftverkehr dienen. Landwirtschaftliche Flächen werden für Ackerbau, Wiesen- oder Weidewirtschaft oder Weinbau genutzt. Unter Flächen übriger Nutzung werden Übungsgelände, Schutzflächen wie Deiche, Dämme und Lärmschutzwälle, historische Flächen, Friedhöfe und das sog. „Unland“ zusammengefasst.

■ BEDEUTUNG

Menschen brauchen zum Wohnen und Arbeiten Häuser, Straßen und Wege, um von einem Ort zum anderen zu kommen. Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist lebensstilabhängig, kann jedoch nicht unter einen bestimmten Prozentsatz fallen, sonst können die Menschen, die in dieser Region leben, ihre Grundbedürfnisse nicht angemessen befriedigen. Wenn dieser Nutzungsanteil jedoch ständig steigt, kommt die Natur immer weniger zu ihrem Recht – was sich negativ auf die Lebensqualität am Ort auswirkt. Ein steigender Flächenverbrauch

ist oft ein Ausdruck dafür, „Kosten des Fortschritts“ nicht zu bezahlen, sondern kommenden Generationen zu überlassen. Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung muss die Begrenzung des weiteren Anstiegs des Flächenverbrauchs sein.

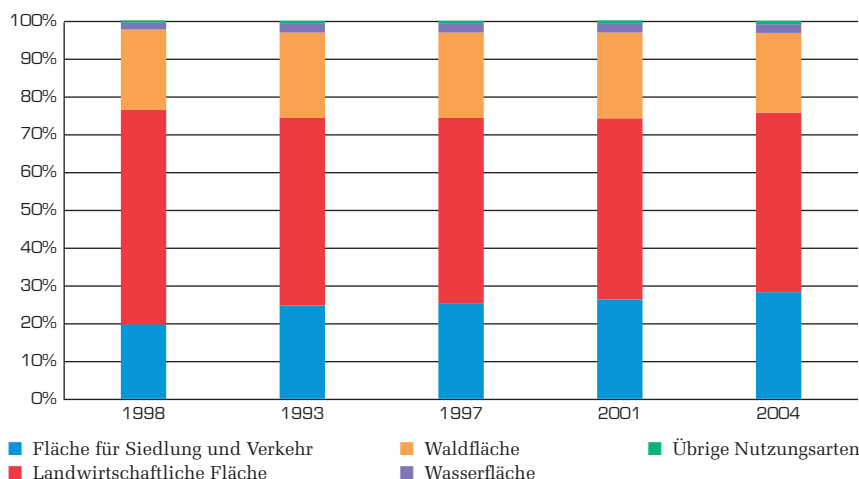
■ ENTWICKLUNG

Die gesamte Gemarkungsfläche Hockenheim beträgt 3.484 ha. Durch den großen Anteil des Rheinbogens an der Gemarkung, erscheint der Anteil der überbauten Fläche auf den ersten Blick nicht hoch. Siedlungs- und Verkehrsflächen machen einen



Anteil von 28 % (2004) aus; darunter Gebäudeflächen knapp die Hälfte (13 %). Verändert hat sich der Flächenbedarf für Siedlung und Verkehr in Hockenheim allerdings stark: Von 688 ha im Jahr 1989 auf 983 ha im Jahr 2004. In nur zwölf Jahren beträgt die Zunahme 295 ha (=43 %). Es lassen sich zwei Phasen der Inanspruchnahme neuer Flächen unterscheiden: Bis Anfang der 90er Jahre ein ‚steiler‘ Anstieg vor allem durch Ausbau von Verkehrswegen. Bis Ende der 80er Jahre hat die Stadt großräumige Veränderungen erlebt: Bau der Schnellbahntrasse Mannheim-Stuttgart, parallel vierspuriger Ausbau der B36. Teile der neuen B39 verlaufen auf Hockheimer Gemarkung. Seit 1993 liegt dem weiteren Anstieg die Ausweitung der Siedlungsflächen zugrunde (bis 2004: 49 ha oder 12 %). Bereits in den 60/70er Jahren war der Flächenverbrauch für Wohnen und Gewerbe in Hockenheim sehr stark gestiegen. Seit den 90ern erfolgte eine zweite Welle der Inanspruchnahme von Flächen für Wohnzwecke. Seit einigen Jahren beschleunigt sich der Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen im Vergleich zur Region: Es wird schneller mehr verbraucht.

Flächennutzung



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen im Alltag

A4

INDIKATOR

Verbrauch Siedlungs- und Straßenfläche pro Einwohner

ÖKOLOGIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Die Kennzahl „Flächenbedarf für Siedlungs- und Verkehrsflächen pro Einwohner“ verbindet zwei Entwicklungen miteinander: Veränderungen im Flächenbedarf und der Bevölkerungsentwicklung. Sie gibt an, wie viel Fläche (Grundstücke mit Bebauung sowie Straßen und Wege zusammengerechnet) jeder Einwohner in Anspruch nimmt. Durch diese Betrachtungsweise wird das Bevölkerungswachstum mit dem Flächenwachstum verrechnet, so dass leicht zu erkennen ist, welcher der beiden Veränderungsprozesse überwiegt.

■ BEDEUTUNG

Der periodisch in Deutschland zu beobachtende Rückgang bei der Flächeninanspruchnahme ist überwiegend wirtschaftlich (konjunkturell) bedingt. Er stützt sich kaum auf Veränderungen der Handlungsmuster von Stadtplanung, politisch Verantwortlichen oder Bürgerinnen und Bürgern. Ein durchgreifender Wandel bei staatlichen Rahmenbedingungen, Investitionsentscheidungen und Konsumgewohnheiten ist noch nicht

absehbar. In der kommunalen Praxis bleibt bestenfalls kontrovers diskutiert, ob Stadtwachstum durch die expansive Ausweitung von Baugebieten verursacht wird, oder umgekehrt der Wunsch nach dem „Häuschen im Grünen“ die Stadt in die Zwangslage versetzt, Neubaugebiete auszuweisen. Aus nachhaltiger Sicht ist die Nutzung von Baulücken der Erschließung von Neubaugebieten generell vorzuziehen.



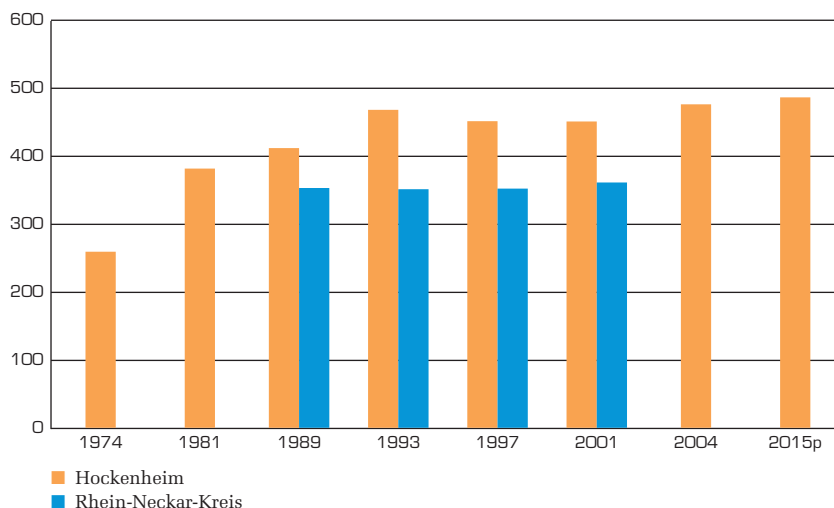
■ ENTWICKLUNG

Für Hockenheim kann die Entwicklung eines längeren Zeitraums überblickt werden: insgesamt seit Mitte der 70er Jahre. Seither lag der durchschnittliche Flächenverbrauch für jeden Einwohner noch bei etwa 258 m²/Einw. Bis Anfang der 80er Jahre wuchs er deutlich auf 381 m²/Einw., was einer jährlichen Wachstumsrate von 6,7 % entspricht. Im Jahr 1993 stieg der Flächenverbrauch auf einen Höchststand von 467 m²/Einw. Seit Ende der 90er Jahre hat sich der durchschnittliche Verbrauch (etwa 450 m²/Einw.) eingependelt, inzwischen steigt er wieder erkennbar an. Im Vergleich zur Region wächst der Pro-Kopf-Flächenverbrauch in Hockenheim kontinuierlich und stärker.

Diese Flächenexpansion ist Ergebnis kommunaler Zielsetzungen, die zwei Jahrzehnte auf „externes Wachstum“ abzielten, d.h. auf ein Wachstum der Stadt, das durch Neuerschließung von Flächen am Rande der bestehenden Bebauung ermöglicht wurde. Aktuelle Planungen weisen erneut Waldflächen als potenzielles Gewerbegebiet aus.

Quellen:
Flächennutzungsplan 1984 (1974), 1.Nachhaltigkeitsbericht Hockenheim 2000, S.7 (1981), Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Flächenverbrauch (m²) pro Einwohner



Entnahme erneuerbarer Ressourcen

A5

INDIKATOR Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Einwohner und Tag

ÖKOLOGIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

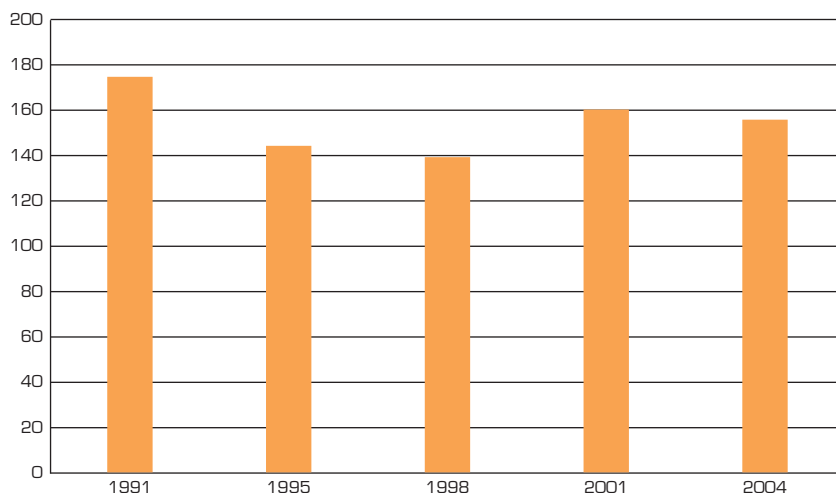
Erfasst wird hier der spezifische Wasserbedarf in Liter je Einwohner und Tag. In der Statistik ist nur der Verbrauch der privaten Haushalte enthalten. Der Verbrauch öffentlicher Einrichtungen, von Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen sowie von Industriebetrieben wird hier nicht berücksichtigt.

■ BEDEUTUNG

Ein steigender Wasserverbrauch durch private Haushalte kann durch eine Veränderung der Verhaltensmuster und Konsumgewohnheiten verursacht werden. Beim Wasserverbrauch ist jedoch kaum eine klare Tendenz auszumachen. Haushalte, Dienstleistungsunternehmen und Kleingewerbe verbrauchen heute etwa so viel wie vor zwanzig Jahren, wobei es Schwankungen von

Jahr zu Jahr bis zu 20% gibt. Auch gibt es von Kommune zu Kommune große Unterschiede; die zum Teil auf Sondereffekte zurückzuführen sind, die beispielsweise in Kurstädten und Fremdenverkehrsregionen zum Tragen kommen. Eine Stabilisierung des Wasserverbrauchs auf 100 l pro Einwohner und Tag wäre jedoch eine vertretbare Größe.

Wasserverbrauch (l) pro Einwohner und Tag



■ ENTWICKLUNG

Hockenheim bewegt sich im täglichen Wasserverbrauch pro Einwohner auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Dies gilt sowohl im Vergleich mit der Region unterer Neckar als auch mit dem Land Baden-Württemberg. Allerdings ist in Hockenheim ein Anstieg zu verzeichnen, während in Region und Land der Verbrauch zurück geht. In der weiteren Entwicklung ist mit einer Angleichung des Verbrauchs zu rechnen. Seit dem 1. Nachhaltigkeitsbericht hat sich die Berechnungsgrundlage geändert (2003 wurde der Verbrauch von Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen mit berücksichtigt), weshalb die Grafik aus 2003 andere Werte aufzeigt.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Energie-Einsatz

A6

INDIKATOR

Stromverbrauch der privaten Haushalte in kWh pro Einwohner

ÖKOLOGIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird der spezifische Stromverbrauch je Einwohner und Jahr. In der Statistik enthalten ist der Verbrauch von Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen, nicht aber der Verbrauch öffentlicher Einrichtungen und von Industriebetrieben. (Bemerkung: Im Gegensatz zum vorliegendem Bericht wurde bei der ersten Auflage (Datenreihe 1990 bis 2001) der Stromverbrauch für Nachtspeicherheizungen mit berücksichtigt).

■ BEDEUTUNG

Laut der Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR) des Statistischen Bundesamtes (Destatis), ist der Energieverbrauch deutscher Haushalte für Wohnen von 1995 bis 2005 um 3,5 % gestiegen. Neben zunehmenden Wohnflächen ist ein weiterer Grund hierfür die wachsende Ausstattung der Haushalte mit Elektrogeräten. Diese Entwicklung macht deutlich, dass Energieeinsparung in absehbarer Zeit die beste Energiequelle bleiben wird. Im Rahmen von Lokalen Agendaprozessen ist die Formulierung lokaler Energie-

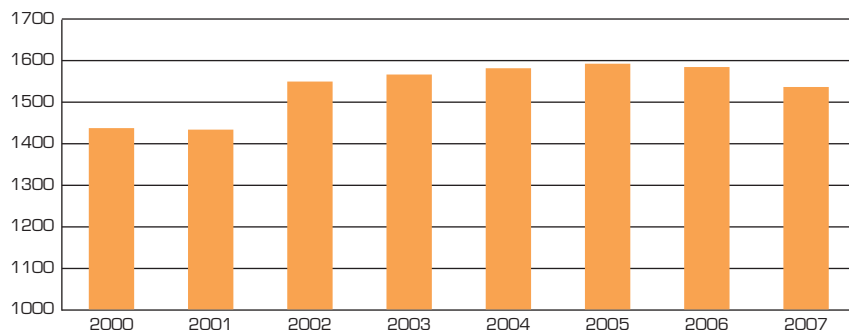
versorgungskonzepte ein wichtiges Instrument zur Gestaltung eines zukunftsfähigen Energiesystems. Der Präsident des Umwelt-Bundesamtes Prof. Dr. Andreas Troge forderte auf einer Pressekonferenz im November 2006: „Sollte unser Energiehunger weiter wachsen, so könnten wir dem Klimawandel kaum begegnen. Wir müssen in Deutschland den gesamten Energiebedarf bis 2050 halbieren. Die privaten Haushalte können dazu einen wichtigen Beitrag leisten.“ (Presseinformation des Umwelt Bundesamtes Nr. 70/2006).



■ ENTWICKLUNG

Entsprechend dem bundesdeutschen Trend ist der Stromverbrauch in Hockenheim bis 2004 leicht gestiegen. Insgesamt schwankt der Verbrauch nur gering und bewegt sich zwischen 1436 (2000) und 1563 kWh (2004) je Einwohner. Er liegt damit unter dem von Energieversorgern und Umweltverbänden empfohlenen Durchschnittsverbrauch von maximal 1.600 kWh für Ein-Personen-Haushalte. Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen bewertet in ihrer Broschüre „99 Wege Strom zu sparen“ (2006) einen Stromverbrauch zwischen 1.500 und 1.900 kWh je Person und Jahr als „gut“. Auf dem Weg zur Erreichung des Ziels, den Stromverbrauch bis 2050 zu halbieren, gibt es noch viel zu tun.

Stromverbrauch der privaten Haushalte (kWh) pro Einwohner



Quellen: Stadtwerke, Umweltbundesamt, BUND, Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen

Mobilität

A7

INDIKATOR

Anzahl der Pkw pro 1.000 Einwohner

ÖKOLOGIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

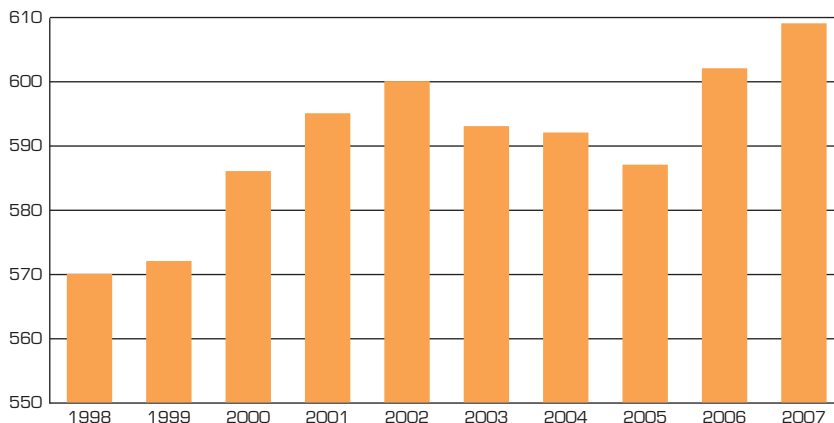
Erfasst wird der Bestand der Pkw, differenziert nach Schadstoffklassen, wobei nicht zwischen angemeldeten und vorübergehend stillgelegten Fahrzeugen unterschieden wird. Mopeds und Krafträder bleiben unberücksichtigt.

■ BEDEUTUNG

Die Entwicklung im motorisierten Individualverkehr der letzten Jahrzehnte kann nicht als nachhaltig bezeichnet werden. Es gibt kaum ein anderes Techniksystem, das in so vielen Bereichen Probleme (Flächenverbrauch, Lärm-, Luftbelastung) verursacht. Doch ist es auch nicht hilfreich, das Auto pauschal zu verurteilen. Ziele müssen regional und lokal angepasst formuliert werden, da sich geografische Gegebenheiten, die örtliche Infrastruktur und nicht

zuletzt die Siedlungsdichte erheblich unterscheiden. Generell kann jedoch eine Zielhierarchie formuliert werden: Überflüssige Fahrten sollten vermieden werden, die restlichen Verkehrsleistungen sollten so weit wie möglich auf den Öffentlichen Personenverkehr, auf Fahrräder oder die eigenen Füße verlagert werden. Der dann noch notwendige Pkw-Verkehr sollte, wo es aus Gründen der Sozialverträglichkeit notwendig ist, verlangsamt und vor allem technisch optimiert werden.

Anzahl PKW pro 1.000 Einwohner



■ ENTWICKLUNG

Die Kraftfahrzeugdichte in Hockenheim pro 1.000 Einwohner ist von 1998 auf 2002 um ca. 5 % gestiegen. Mit 599 Fahrzeugen auf 1.000 Einwohner im Jahr 2002 lag Hockenheim aber 40 Fahrzeuge unter dem Bundesschnitt. Für eine Kommune wie Hockenheim, deren Einwohner zu einem guten Teil Berufspendler sind, ist dies ein günstiger Wert. Dies gilt auch im Hinblick auf den nicht immer optimalen ÖPNV. Der Bestand ist 2007 geringfügig weiter auf 609 Fahrzeuge pro 1000 Einwohner gestiegen.

Zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens stellt die Lokale Agenda Hockenheim als einen Beitrag auf Ihren Internetseiten die „Mitfahrbörse“ zur Verfügung.

Quellen: Kraftfahrt-Bundesamt und Statistische Landesämter

Verkehrsbedingungen für Radfahrer

A8

INDIKATOR

Länge des Radwegenetzes in Prozent des gesamten Straßennetzes

ÖKOLOGIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Gemessen wird die Länge der Straßen mit Radwegen oder eigens markierten Radspuren am Gesamtnetz der Straßen.

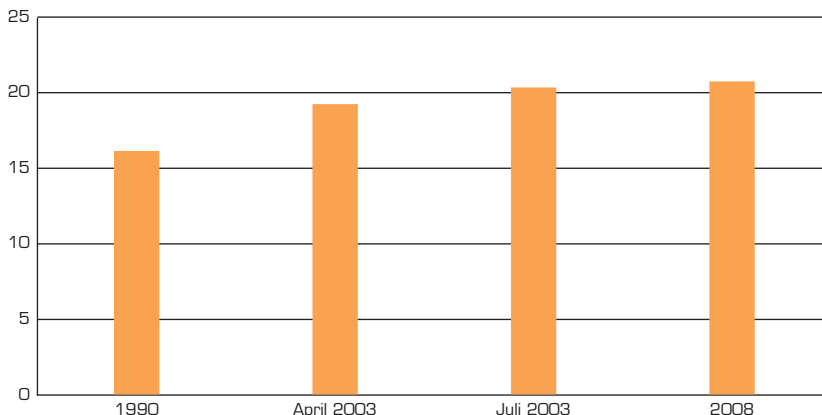
■ BEDEUTUNG

Die Länge und Entwicklung des Radwegenetzes in einer Kommune gibt Aufschluss über die ökologische Entwicklung im Bereich des Individualverkehrs auf kurzen bis hin zu mittleren Distanzen als temporärer Ersatz für Kfz und als Ergänzung zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Gerade in Hockenheim, einem Gelände ohne große Höhenunterschiede, sollte die Nutzung des umwelt-

freundlichen Fahrrads für kurze und mittlere Strecken besonders leicht fallen. Mit einer deutlichen Steigerung des Angebotes für den Radverkehr wird das Umsteigen vom Kfz auf das Fahrrad attraktiver. Attraktiv ist das Rad aber nur dann, wenn es auf sicheren Verkehrswegen benutzt werden kann. Das Einsparpotenzial ist beachtenswert, wenn ein großer Teil der Fahrten in einer Kommune umweltschonend durchgeführt wird.

Länge der Radwege (km)



■ ENTWICKLUNG

Hockenheim hatte bis zum Jahr 1990 etwa 16,1km ausgewiesene Radwege. Bis heute sind 3,1km hinzugekommen, weitere 1,1km sind im Bau. Dabei sind Radachsen in 30km/h-Zonen und landwirtschaftlich genutzte Wege nicht oder nur zum Teil aufgeführt. Die Angaben sind aus einem Plan entnommen und nach Befahrungen in die Statistik übernommen worden. Die Genauigkeit ist hierbei aber nicht von großer Bedeutung, da es eine Bedarfsanalyse für Hockenheim gibt, die Stück für Stück umgesetzt wird. Die Entwicklung seit 1990 sind Lückenschlüsse zwischen den einzelnen Bereichen. Dadurch sollen primär Gefahrenpunkte entschärft werden. Diese Verbesserungen gehen dabei eher qualitativ als quantitativ ins Radwegenetz ein. Der Bedarf an neuen Radwegen ist dabei in Hockenheim nicht sehr groß. Inzwischen sind noch wenige hundert Meter Radwegenetz ergänzt worden. Damit gab es ein paar nötige Lückenschlüsse. Die kritischen Bereiche sind jetzt in etwa abgedeckt.

Quellen: Stadt Hockenheim und eigene Befahrung

Erneuerbare Energien

A9

INDIKATOR Anteil von Strom aus privaten Photovoltaik-Anlagen am kommunalen Gesamtstrom

ÖKOLOGIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

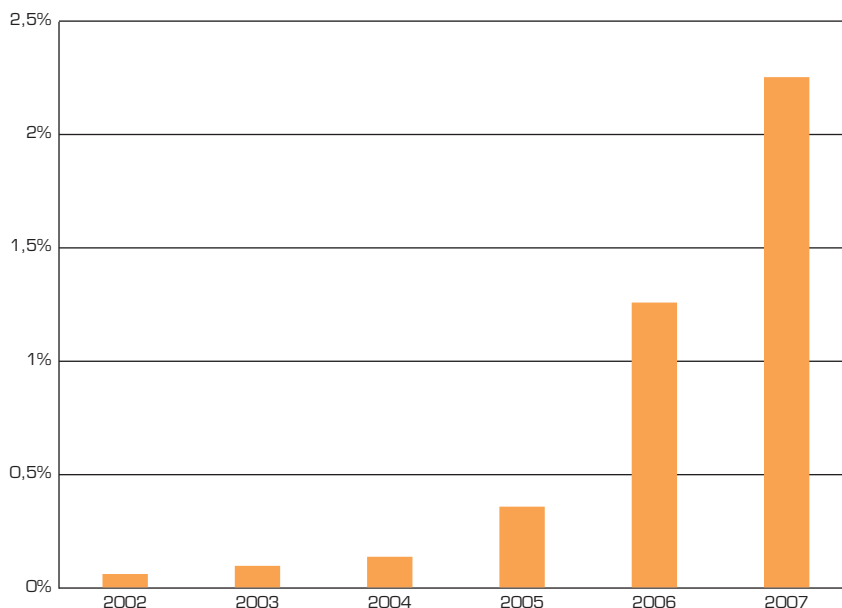
Die Stadtwerke Hockenheim erfassen die Einspeisung aller Nutzer von Photovoltaik in Hockenheim. Das umfasst in diesem Fall die privaten Haushalte. Gewerbebetriebe und öffentliche Einrichtungen sind nicht berücksichtigt.

■ BEDEUTUNG

Ein möglichst großer Prozentsatz regenerativer Energiequellen zur Stromerzeugung bei gleichzeitig sinkendem Verbrauch muss das Ziel für eine nachhaltige Entwicklung nicht nur beim Stromverbrauch sein. Ein weiterer Ausbau nicht nur der Photovoltaik ist deshalb unbedingt

anzustreben. Laut eines Berichtes des Wirtschaftsministeriums (Landtagsdrucksache 14/3029) ist der Anteil der erneuerbaren Energieträger an der Bruttostromerzeugung im Jahr 2007 auf rund 13 % gestiegen. Die Photovoltaik hat hierbei einen Anteil von 1 % an der Bruttostromerzeugung.

Anteil von Strom aus privaten Photovoltaikanlagen am Gesamtstrom



■ ENTWICKLUNG

Hockenheim hatte im Jahr 2002 nur 0,06 % Einspeisung von Solarstrom auf der eigenen Gemarkung. Dieser Anteil konnte auf 2,2 % im Jahr 2007 gesteigert werden. Ziel muss es sein, diesen Anteil weiter zu erhöhen. Der Gesamtanteil an Ökostrom beläuft sich im Jahr 2007 auf 17 %. Bedauerlicherweise gibt es keine Vergleichszahlen aus dem Kreis, um zu sehen an welcher Position sich Hockenheim befindet. Durch die günstige Sonneneinstrahlung in der Region zahlt sich die Investition in Solarenergie schneller und in stärkerem Maße aus als in anderen Regionen Deutschlands. Diese Tatsache und auch die Neuentwicklungen von viel effektiveren, kostengünstigeren und vielseitiger einsetzbaren Solarzellen werden den Anteil des Stroms von privaten Photovoltaik-Anlagen am kommunalen Gesamtstrom stetig erhöhen.

Quellen: Stadtwerke Hockenheim, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

Flächenanteil von Naturschutzgebieten

A10

INDIKATOR

Anteil von Naturschutzgebieten in Prozent an der Gesamtfläche

ÖKOLOGIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

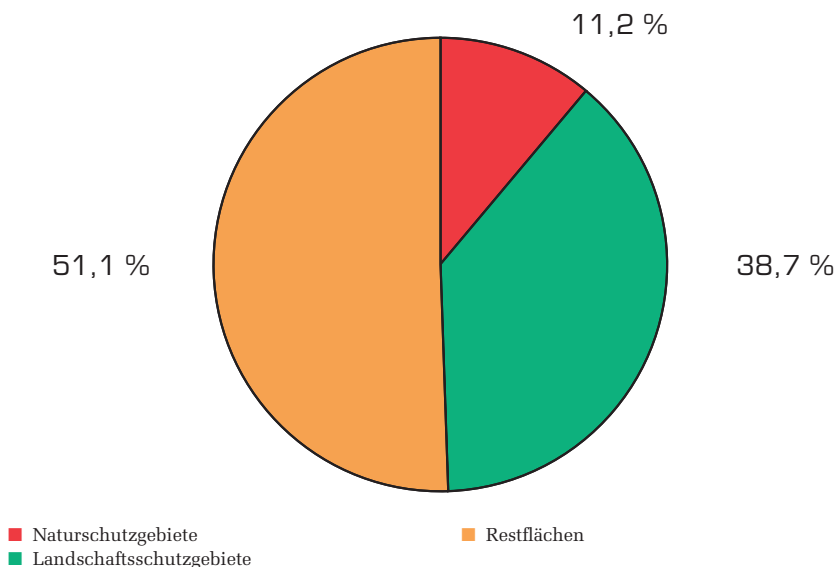
Die Untere Naturschutzbehörde führt eine Liste über alle Schutzgebiete des Kreises mit Angaben über Status, Größe und Datum des Erlasses. Für diesen Indikator wurden Naturschutzgebiete (NSG) und Landschaftsschutzgebiete (LSG) berücksichtigt. Bei Schutzgebieten, die sich über mehrere Gemarkungen erstrecken, muss der Gemarkungsanteil aus Karten selbst ermittelt werden.

■ BEDEUTUNG

„Trotz zunehmender Bemühungen in den letzten zwanzig Jahren dauert der Verlust der biologischen Vielfalt auf unserer Erde, der in erster Linie auf die Zerstörung der Lebensräume, die Übernutzung der natürlichen Ressourcen, die zunehmende Schadstoffbelastung und die unangemessene Einbringung nichtheimischer Pflanzen- und Tierarten zurückzuführen ist, immer weiter fort.“ (Agenda 21, Kap. 15.3). Die Ausweisung

von Naturschutzgebieten ist der erste Schritt zum Erhalt besonderer Gebiete. Weitere Maßnahmen wie Biotoppflege, Biotopvernetzung und Gewässerrenaturierung sind vor allem für den Arten- und Biotopbestand kleinerer Gebiete wichtig. Die aktuellen Forschungsergebnisse (40 % aller Arten sind vom Aussterben bedroht) belegen die Notwendigkeit, aktiv zu werden.

Anteil von Naturschutzgebieten am der Gesamtfläche



■ ENTWICKLUNG

Das Naturschutzgebiet „Torfloch im Mörsch“ ist das älteste auf Hockenheim-Gemarkung und wurde bereits 1939 ausgewiesen. Das heutige Naturschutzgebiet „Hockheimer Rheinbogen“ umfasst 30 Teilflächen, die auf den Gemarkungen von Hockenheim, Ketsch und Altlußheim liegen. Die Unterschutzstellung erfolgte im Jahr 1990. Der Hockheimer Rheinbogen bietet einer Vielzahl von Vogel-, Insekten- und Amphibienarten Brut-, Rast-, Nahrungs- und Rückzugsgebiete, wobei Arten feuchter Lebensräume dominieren. Für eine Reihe von Vogelarten besitzt das Schutzgebiet überregionale, zum Teil internationale Bedeutung.

Mit einer Fläche von 388 ha nimmt das Naturschutzgebiet 11 % der Gemeindefläche ein (Landesdurchschnitt 2,1 %). Die Teilflächen des Naturschutzgebiets sind von einem Landschaftsschutzgebiet, mit einer Fläche von 1.344 ha umschlossen. Der Flächenanteil liegt mit 39 % ebenfalls weit über dem Landesdurchschnitt (22 %).

In der Region (Rhein-Neckar-Kreis) wurden zwischen 1998 und 2004 weitere neun Wasserschutzgebiete und ein Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen.

Quellen: Untere Naturschutzbehörde Rhein-Neckar-Kreis, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Wirtschaftsstruktur

B1

INDIKATOR Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen

ÖKONOMIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

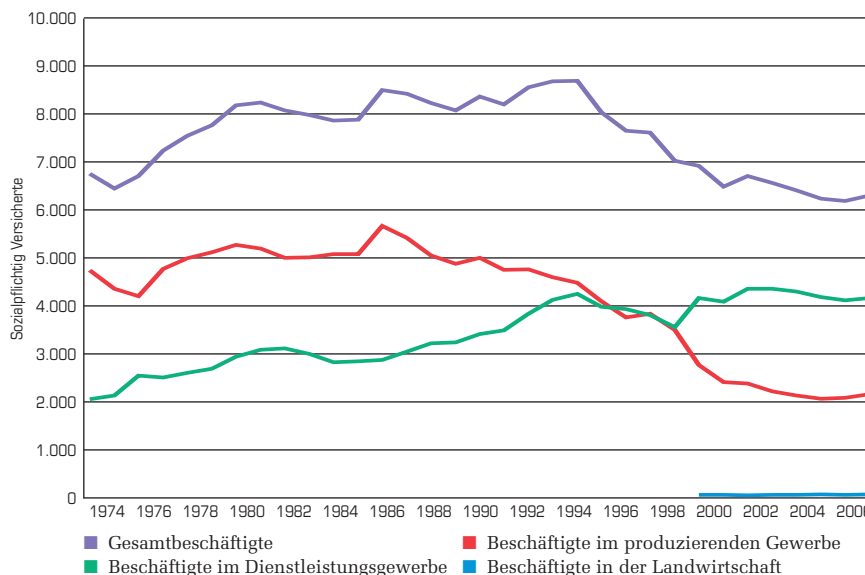
Die Wirtschaftsstatistik (Statistische Ämter der Bundesländer) unterscheidet drei Wirtschaftsbereiche: die (1) Land- und Forstwirtschaft mit Fischerei und Bergbau (primärer Sektor), das (2) produzierende Gewerbe (sekundärer Sektor) sowie (3) Handel und Verkehr mit allen sonstigen Dienstleistungen (tertiärer Sektor). Als Stichtag gilt der 30. Juni eines Jahres. Als „sozialversicherungspflichtige Beschäftigte“ zählen alle Arbeitnehmer, die krankenversicherungs- und/oder rentenversicherungsbeitragspflichtig (nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Selbstständige werden nicht hinzugerechnet.

■ BEDEUTUNG

Die Wirtschaftsstruktur gibt Einblick in die Wirtschaftskraft der Stadt, weil die drei oben genannten Wirtschaftssektoren in den letzten Jahrzehnten immer einen festen Anteil dazu beitrugen. Hieraus wurde abgeleitet, das Verhältnis zwischen produzierendem Sektor und Dienstleistungen solle „harmonisch“ erhalten bleiben. Eine Wirtschaftsentwicklung ist dann zukunftsfähig und nachhaltig, wenn

die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungsprozesse nicht übersehen und übergangen werden. Lokale Wirtschaftsförderung, die nur die „alten“ Stärken ihres Standorts beibehalten will, vergrößert Risiken und wirtschaftliche Anfälligkeit. Wichtig sind ebenfalls Stärkung und Integration der „neuen“ wirtschaftlichen Tätigkeiten, die sich aus einer veränderten Arbeitsteilung ergeben.

Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen



■ ENTWICKLUNG

Die Zahl der Arbeitsplätze für Arbeiter und Angestellte (einschl. Auszubildende) hat sich in Hockenheim in konjunkturell bedingten Schwingungen bis 1994 auf einen Höchststand von 8.700 Personen entwickelt und danach in nur einem Jahrzehnt um ein Viertel rasch – man kann sagen: dramatisch – wieder verringert. Ursache dafür ist ein kontinuierlicher Rückgang der Beschäftigung im „Produzierenden Wirtschaftsbereich“, in dem der Höchststand bereits im Jahre 1986 erreicht war. Der Beschäftigungsabbau wurde Mitte der 90er durch die wirtschaftliche Krise der Bauindustrie im Talhaus nochmals verstärkt. Im Dienstleistungssektor ist ein gleichmäßiger Anstieg auf einen Höchststand in 2002 zu verzeichnen.

Diese Entwicklung hat sich wieder abgeschwächt. Zudem war diese lokale Wachstumsdynamik zu keinem Zeitpunkt stark genug, um einen Ausgleich in der Gesamtentwicklung zu schaffen. Die Trends der letzten 30 Jahre machen die Entwicklung in beiden Wirtschaftssektoren deutlich sichtbar. In den letzten 10 Jahren hat sich die Beschäftigungsentwicklung wieder stabilisiert – insgesamt bei etwa 6.300 Personen. Der Dienstleistungssektor trägt jedoch wenig zu einer Verbesserung bei.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Sektoraler Wandel

B2

INDIKATOR

Wirtschaftssektoren im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft

ÖKONOMIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Vergleich der sektoralen Entwicklung der Stadt mit der Gesamtwirtschaft im Bundesland.

■ BEDEUTUNG

Die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur zeigt neben der Veränderung der Sektoren an, ob dieser Prozess gleichmäßig oder ruckartig verläuft. Ein kontinuierlicher Prozess weist daraufhin, dass die wirtschaftlichen Anpassungsleistungen aller Beteiligten nicht „grenzenlos“ sind. Dagegen sind sprunghafte Veränderungen zwischen den Wirtschaftssektoren Ausdruck ökonomischer Krisen. Im Laufe der Zeit wird erkennbar, ob die Wirtschaftsentwicklung nachhaltig verläuft. „Anpassungsleistungen“ betreffen die Beschäftigten durch Arbeitsplatzverlust oder -verschiebung. Sie betreffen die lokale Wirtschaft, die kurzfristig die sinkende reale Kaufkraft am Ort verkraften muss. Sie betreffen die Kommune etwa

durch freiwerdende Flächen und eine Veränderung der Infrastrukturinvestitionen. Hieraus kann sich eine Perspektive für die Wirtschaftsförderung ergeben.

■ ENTWICKLUNG

Kommunale Ansiedlungspolitik und Bestandpflege haben bis Anfang der 90er Jahre einen hohen Sockel an produzierenden Betrieben und Beschäftigten gesichert. Im Jahre 1991 betrug der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im produzierenden Gewerbe in Hockenheim starke 57,8% (in Baden-Württemberg war er zu diesem Zeitpunkt bereits auf 43,0 % gesunken). In der zweiten Hälfte der 90er Jahre – später

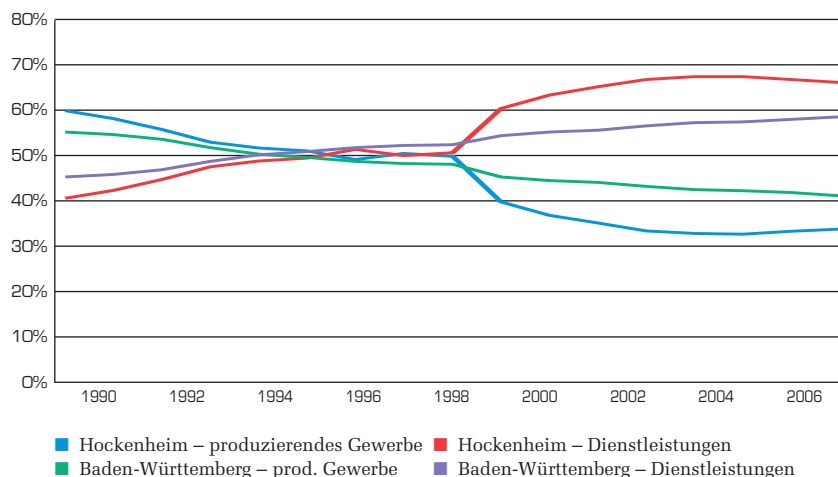


verstärkt durch Insolvenzen – brach dieser Sockel fast vollständig weg. Im Vergleich der sektoralen Beschäftigungsentwicklung zwischen Hockenheim und dem Bundesland zeigt sich eine plötzliche, ruckartige Veränderung in den letzten Jahren. Diese erforderte hohe sozio-ökonomische Anpassungsleistungen bei Beschäftigten, Betrieben und Kommune.

Rückblickend ist die vergleichsweise geringe risikomindernde Anpassung an die wirtschaftliche Gesamtentwicklung Ausdruck einer alten, früher erfolgreichen Strategie der Gewerbeansiedlung. Die traditionellen Standortvorteile Hockenhaims im Schnittpunkt europäischer Fernverkehrsachsen sind günstige Verkehrsanschlüsse. Die Sicht auf diese Stärken war dominierend.

Die plötzlich aufgegangene Schere der sektoralen Beschäftigungsentwicklung in Hockenheim signalisiert einen Belastungsfaktor für die kommunale Entwicklung, den die Stadtpolitik nicht einfach ignorieren sollte. Auch weil sie Ausgangspunkt einer Eigendynamik werden kann, die unter Umständen zu weitaus größeren Problemen führen würde.

Anteil der Wirtschaftssektoren in Hockenheim und Baden-Württemberg



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Verteilung von Arbeit

B3

INDIKATOR Zahl der Arbeitslosen insgesamt und differenziert nach gesellschaftlichen Gruppen

ÖKONOMIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

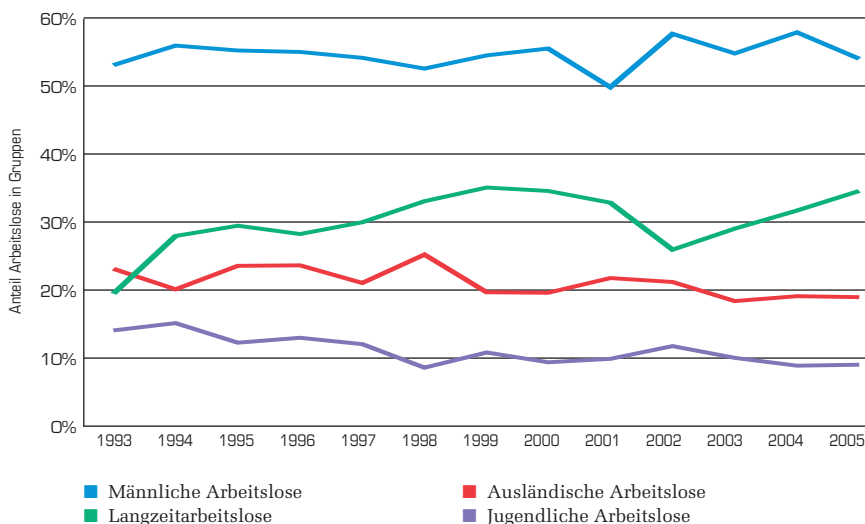
Die Arbeitslosenquote beschreibt den Anteil der bei der Arbeitsagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen an allen abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte einschließlich gemeldeter Arbeitsloser) in Prozent.

■ BEDEUTUNG

Hohe Arbeitslosigkeit verändert auch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einer Region. Der Verlust von Erwerbsarbeit ist häufig mit psychosozialen Problemen verbunden, die Zahl von Empfängern staatlicher Leistungen steigt an, die verfügbare Kaufkraft am Ort nimmt ab. Seit Mitte der siebziger Jahre ist die Arbeitslosenquote in der Bundes-

republik kontinuierlich angestiegen, verbunden mit einem dauerhaften Verlust von Arbeitsplätzen und Qualifikationen. Ziel einer nachhaltigen Entwicklung sollte sein, hohe Belastungen einzelner sozialer Gruppen am Ort durch vielfältige (wirtschaftliche und soziale) Maßnahmen zu mindern.

Arbeitslose



■ ENTWICKLUNG

Die Arbeitslosigkeit in Hockenheim ist seit den 90er Jahren in Wellen stetig angestiegen. Mittlerweile sind seit Jahren über 800 Menschen arbeitslos. Der seit Beginn des Jahrzehnts höhere Anteil arbeitsloser Männer sinkt zur Zeit wieder auf das frühere Niveau (etwa 53 %).

Der Anteil jugendlicher Arbeitsloser hat seit den 90er Jahren abgenommen, bleibt aber in den letzten Jahren konstant bei etwa 9 %. D.h. praktisch: jeder 10te Jugendliche findet keinen Zugang in den Arbeitsmarkt. Die berufliche Perspektive vieler Langzeitarbeitsloser hat sich (nach einer kurzen Besserung in 2002) wieder deutlich verschlechtert: Ihr Anteil ist erneut auf ein Drittel aller Arbeitslosen angestiegen.

Damit wird auch in Hockenheim Realität, was anderswo bereits länger gilt: Der Strukturwandel in der Erwerbsarbeit erzwingt neue und andere Qualifikationen, als die oftmals älteren Arbeitslosen anbieten können.

Deren Qualifikationen werden häufig weiter benötigt; nur nicht mehr auf dem Erwerbsarbeitsmarkt. So bekommen kommunale Initiativen für ältere Arbeitslose, aber auch für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose (z.B. Hockheimer Ausbildungstag) eine immer größere Bedeutung.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Betrieblicher Umweltschutz

B4

INDIKATOR
Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit

ÖKONOMIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

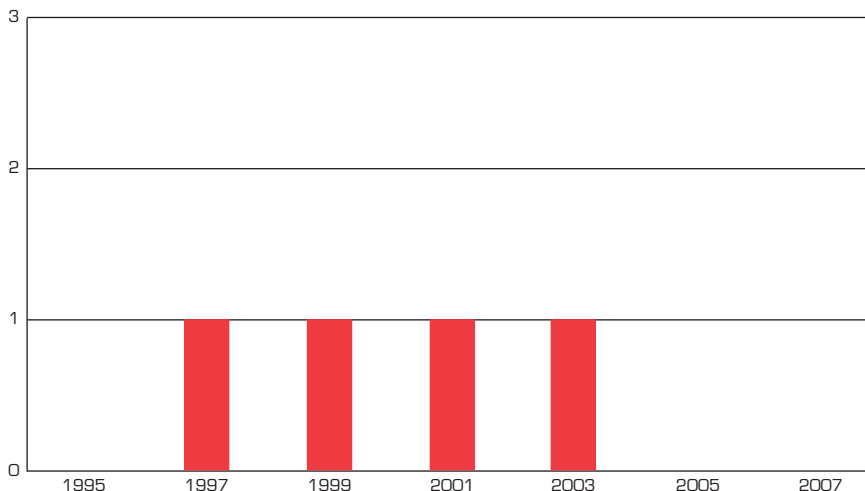
Im Juni 1993 wurde die Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 des Rates über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltprüfung verabschiedet. Diese Verordnung wird häufig auch als EG-Öko-Audit- oder EMAS (Environmental Management and Audit Scheme) -Verordnung bezeichnet. Alle Unternehmensstandorte, die nach dieser Verordnung durch einen Umweltgutachter validiert worden sind, werden mit diesem Indikator erfasst.

■ BEDEUTUNG

In Zukunft werden vor allem jene gewerblichen und Dienstleistungsunternehmen am Markt bestehen können, die sich frühzeitig den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen einer nachhaltigen Gesellschaft stellen. Ziel der EMAS-Verordnung ist es, die von den Unternehmen und Dienstleistungseinrichtungen ausgehenden Umweltbelastungen zu reduzieren.

Doch Nachhaltigkeit umfasst mehr als nur ökologische Verbesserungen; ökonomische und soziale Zielsetzungen müssen mit den ökologischen Aktivitäten vereinbart werden. Ende 1999 hatten in Deutschland fast 2.500 Unternehmen ein validiertes EMAS-System aufgebaut. Zielsetzung kann eine möglichst rasche und weite Verbreitung des Systems und Maßnahmen zu dessen Förderung sein.

Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit



■ ENTWICKLUNG

Nachdem zwischen 1997 und 2003 ein Hockheimer Unternehmen bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) mit einem Öko-Audit registriert war, gibt es zurzeit keinen zertifizierten Betrieb. In den Nachbargemeinden sieht es ähnlich aus. Nur in Ketsch ist ein Betrieb, in Neulußheim eine Kirchengemeinde registriert.

Auch die Hockenheim-Ring-GmbH hat sich, im Gegensatz zur Nürnbergring GmbH, die seit 1998 registriert ist, bisher keinem Öko-Audit unterzogen.

Die mangelnde Bereitschaft, ein Öko-Audit durchzuführen, mag daran liegen, dass dies ein aufwändiges Verfahren ist, bei dem die Betriebe jährlich eine kostenpflichtige Umwelterklärung abgeben müssen. Überdies steht die 1996 eingeführte international gültige und anerkannte Umweltmanagementnorm ISO 14001 gewissermaßen in Konkurrenz zum Öko-Audit. Die Anzahl der ISO 14001-zertifizierten Betriebe wird jedoch nicht zentral erfasst, weshalb eine Datenerhebung auf kommunaler Ebene sowie auf Kreisebene sehr schwierig ist.

Quellen: www.emas-register.de, Wikipedia

Kommunale Umwelt- und Energieförderprogramme

B5

INDIKATOR

Finanzielle Zuschüsse der Stadt Hockenheim

ÖKONOMIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst werden die Zuschüsse des Förderprogramms zur rationellen Energieverwendung der Stadt und des Förderprogramms für Energieeinsparung, rationellen und regenerativen Energieeinsatz von den Stadtwerken Hockenheim.

■ BEDEUTUNG

Durch kommunale Umwelt- und Energieförderprogramme ist es oft möglich, wichtige Anreize zur Einführung und Verbreitung von nachhaltigen Umwelt- und Energietechnologien zu setzen. Schon durch die Existenz derartiger Programme werden viele potenzielle Nutzer der geförderten Technologien erstmalig auf solche anwendbaren Techniken aufmerksam gemacht. Mit der finanziellen Förderung kann die Differenz zwischen den Kosten dieser Technik und (zum Teil noch) billigeren, nicht nachhaltigen Techniken zumindest teilweise ausgeglichen werden. Es ist daher sehr wünschenswert, dass die Kommune im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeit Förderprogramme dieser Art auflegt und mit Informations- und Beratungsdienstleistungen kombiniert.

■ ENTWICKLUNG

Förderprogramm zur rationellen Energieverwendung der Stadt Hockenheim

Gefördert wird seit 2000 die nachträgliche Verbesserung des baulichen Wärmeschutzes (Außenwand- und Dachdämmung) von Gebäuden, die vor dem 1.1.1984 genehmigt worden sind. Die Förderhöchstgrenzen belaufen sich für die Außenwanddämmung auf 2000 €, für die Dachdämmung auf 1000 €. Die insgesamt von der Stadt Hockenheim bereitgestellten Gelder variierten zunächst stark (2002/2003: 20.000 €; 2004: 5.000 €; 2005: 15.000 €) und betragen seit 2006 10.000 €.

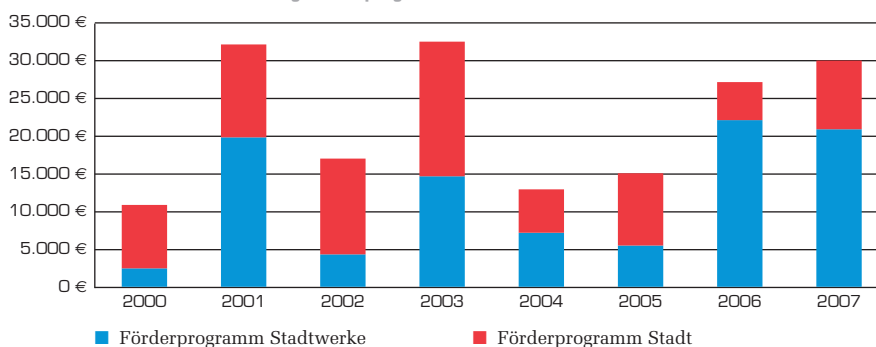
Seit die Kosten für den EnergieSparCheck zum großen Teil vom Land Baden-Württemberg und dem Handwerk übernommen werden, wird er seit 2007 nicht mehr von der Stadt gefördert.



Förderprogramm für Energieeinsparung, rationellen und regenerativen Energieeinsatz von den Stadtwerken Hockenheim

Von den Stadtwerken wurden bis 2008 Anlagen zur thermischen Solarnutzung sowie Elektro-Wärmepumpen gefördert. Erfreulicherweise kamen 2008 drei weitere Fördertatbestände hinzu, unter anderem die Umstellung auf moderne Heizanlagen mit Erdgasbrennwerttechnik und der Kauf eines Gasherdes oder/und eines Gaswäschetrockners. Darüberhinaus wird bei der Umstellung der Heizungsanlage von Erdöl auf Erdgasheizung das noch zu verwertende Heizöl von den Stadtwerken übernommen. Als freiwillige Leistung der Stadtwerke Hockenheim steht die Förderung unter Finanzierungsvorbehalt und ist auf einen Gesamtbetrag von zurzeit 60.000 Euro pro Jahr begrenzt. Die Stadtwerke vergüten ab 01.01.2001 in ihr Netz eingespeisten Überflusstrom aus Photovoltaik-Anlagen zum jeweils gesetzlich festgelegten Preis. Die ausgezahlten Förderbeträge variierten in den letzten Jahren sehr stark. Festzustellen ist, dass beide Programme in den zurückliegenden Jahren nicht, in manchen Jahren bei weitem nicht, ausgeschöpft wurden.

Finanzielle Zuschüsse durch Energieförderprogramme von Stadt und Stadtwerken



Quellen: Stadt und Stadtwerke Hockenheim

Altersstruktur der Bevölkerung

B6

INDIKATOR

Altersstruktur der Einwohner in Hockenheim

ÖKONOMIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Ausgewiesen wird der Anteil der Bevölkerung in den Altersklassen, wie vom Statistischen Landesamt veröffentlicht (unter 15 Jahre, 15-18, 19-25, 26-40, 41-64, 65 Jahre und älter) sowie Prognosedaten bis 2025, die die zukünftigen Bevölkerungswanderungen berücksichtigen.

■ BEDEUTUNG

Für die Entwicklung einer Kommune ist eine ausgewogene Altersstruktur der Bevölkerung bedeutsam. Starke Änderungen bei den Anteilen unterschiedlicher Altersgruppen signalisieren, dass Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen mit hohen Kosten angepasst werden müssen. Allerdings macht der gesamtgesellschaftliche Trend zu einer „älter werdenden“ Gesellschaft derartige Anpassungsinvestitionen schon heute notwendig.

■ ENTWICKLUNG

Die Bevölkerungsentwicklung in Hockenheim zeigt keinen einheitlichen Trend. Einer schnellen Wachstumsphase bis 1975 folgte ein Rückgang bis 1985. Etwa 1990 hatte die Stadt wieder so viele Einwohner wie 15 Jahre zuvor. Heute leben etwa 21.000 Einwohner in Hockenheim, wobei dieser Bevölkerungszuwachs auch ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu verdanken ist, deren Anteil sich seither erhöht hat. Prognosen zufolge wird die Stadt dieses Bevölkerungsniveau bis 2020/25 in etwa halten können. Im Zeitraum des Bevölkerungsrückgangs verlor die

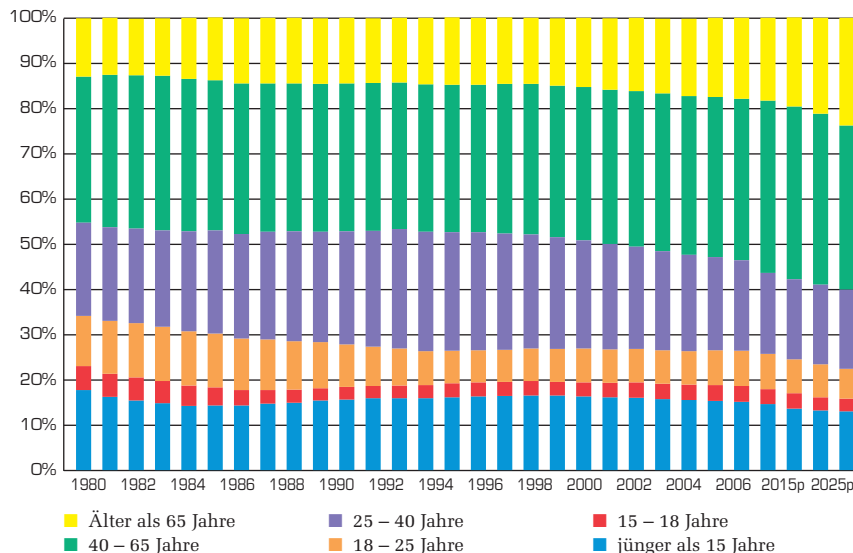


Stadt auch junge Familien, der Anteil der bis zu 15-Jährigen sank erkennbar. In den 90ern stieg der Anteil sehr junger Menschen wieder leicht an. Nimmt man alle junge Menschen bis zur Ausbildung zusammen (bis 25 Jahre), so hat sich deren Anteil an der Bevölkerung seit den 80ern stetig von 34 % auf 26,5 % verkleinert.

Während die Altersklasse der 40-65 Jährigen seit Jahrzehnten etwa konstant bleibt (32 % 1980 zu 35 % heute), vergrößert sich die Gruppe der älteren Mitmenschen langsam aber stetig (von 13 % auf 18 %). Hierunter sind zunehmend sehr alte Mitbürgerinnen und Mitbürger: es leben bereits fast 1.000 Menschen in der Stadt (4,4 %), die 80 Jahre und älter sind. Den Prognosen des Stat. Landesamtes bis zum Jahre 2025 zu Folge, wird sich der Anteil der Älteren auf knapp ein Viertel erhöhen (über 65 Jahre: 23,8 %, davon über 80 Jahre: 6,5 %).

Bei diesen Berechnungen ist eine günstige Wanderungsbilanz für Hockenheim unterstellt. Andernfalls wird der Anteil älterer Menschen deutlich höher ausfallen. Die deutliche Verschiebung der Alterspyramide stellt unmittelbar Anforderungen an die Stadt, altersgerechte Lösungen bei kommunalen Investitionen zu finden.

Bevölkerungsanteil



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Hockenheim-Ring GmbH: Zuschauerzahlen und Auslastungsgrad

B7

INDIKATOR Entwicklung der Zuschauerzahlen und des Auslastungsgrades des Hockenheim-Rings Baden-Württemberg

ÖKONOMIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird die Zahl der zahlenden Zuschauer bei Rennsportveranstaltungen im Hockenheim-Ring Baden-Württemberg sowie die Zahl der Tage pro Jahr, an dem das Motodrom mit Veranstaltungen oder sonstigen Nutzungen ausgelastet ist.

■ BEDEUTUNG

Das übergeordnete Ziel im Blick auf den Hockenheim-Ring besteht in der Erarbeitung und Umsetzung eines umfassenden Nachhaltigkeitskonzeptes; eine Zertifizierung des Betriebes etwa nach der europäischen Umweltmanagement-Verordnung (EMAS) (vgl. B4) ist anzustreben.

Die Zuschauerzahlen bei Rennsportveranstaltungen – im letzten Bericht nicht grafisch dargestellt – sind hierbei ein Indikator für die Bedeutung dieses übergeordneten Ziels. Die hohe Auslastung bei der vorhandenen Infrastruktur des Hockenheim-Rings steht für die ökonomische Nachhaltigkeit.

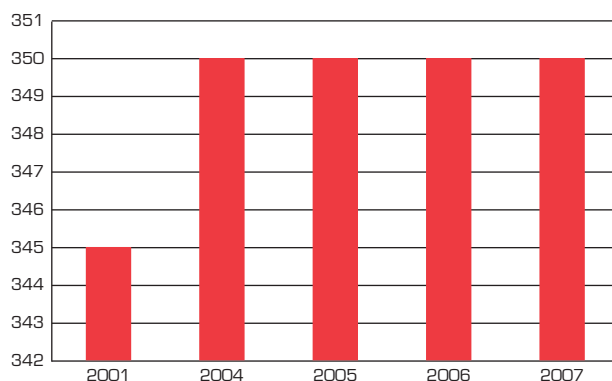


■ ENTWICKLUNG

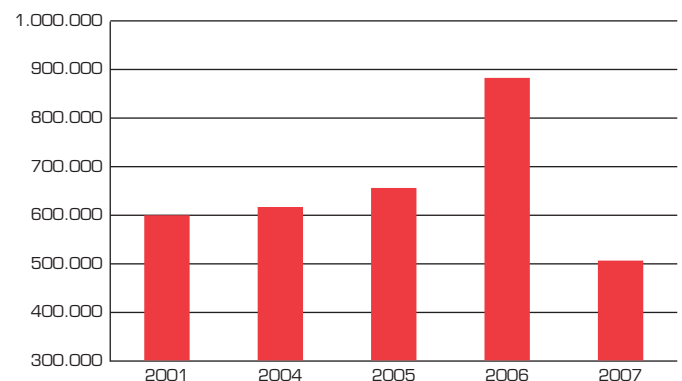
Ein Anstieg der Zuschauerzahlen ist in den Jahren ab 2004 erkennbar, der Einbruch in 2007 ist bedingt durch den Wegfall der Formel 1, die seither im jährlichen Wechsel mit dem Nürburgring stattfindet. Die zusätzlichen Rennveranstaltungen wie DTM oder IDM werden dies auch künftig nicht auffangen können. Das gleichbleibende Niveau bei der Streckenbelegung zeigt, dass das Bemühen um optimale Auslastung erfolgreich war, die Strecke nur noch bedingt durch Feiertage 15 Tage im Jahr ruht.

Quelle: Hockenheim-Ring GmbH

Streckenbelegung (Tage im Jahr)



Zuschauerzahlen



Verteilung von Einkommen und Vermögen

C1

INDIKATOR

Zahl der Empfänger von laufender Hilfe pro 1.000 Einwohner

GESELLSCHAFT / SOZIALES

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wurden mit diesem Indikator bis 2004 die Empfänger von Sozialhilfe und Grundsicherung nach dem Bundessozialhilfe- und dem Grundsicherungsgesetz (SGB) und ab 2005 die Empfänger der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII, die Empfänger der Grundsicherung nach SGB XII sowie Empfänger von dem Teil des Arbeitslosengeldes (ALG) II, der die Kosten für die Unterkunft (KdU) nach SGB II abdeckt. ALG II-Empfänger wurden nicht berücksichtigt.

■ BEDEUTUNG

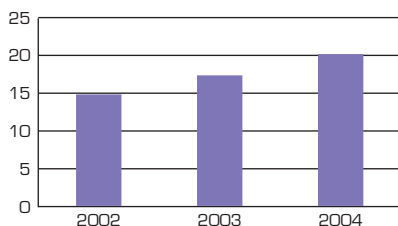
Eine steigende Zahl von Leistungsempfängern nach dem Sozialgesetzbuch, vor allem unter Kindern und Jugendlichen, kann nicht nur die soziale Stabilität gefährden, sondern auch den Handlungsspielraum der Städte und Gemeinden beeinträchtigen. Daneben korreliert die Zahl der Sozialhilfeempfänger häufig mit der Entwicklung und der Dauer von Arbeitslosigkeit. Nach spätestens einem Jahr anhaltender Arbeitslosigkeit gilt man als Langzeitarbeitsloser. Mit dem Auslaufen des ALG I nach 12 Monaten muss bei gegebener Bedürftigkeit Sozialhilfe (in der Regel ALG II) beantragt werden. In vielen Fällen wird auch schon während des ALG I-Bezuges gleichzeitig ALG II (meist

in Form von KdU) als sogenannte „ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt“ geleistet, da das ALG I oft schon zu niedrig ist, um die aktuellen Lebenshaltungskosten tragen zu können.

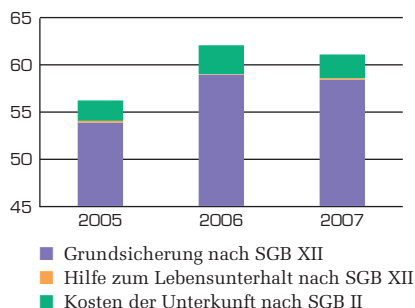
■ ENTWICKLUNG

In der ersten Auflage des Nachhaltigkeitsberichtes wurden für 1998 bis 2001 die Anträge und die Auszahlung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt dokumentiert. Aufgrund der geänderten Gesetzgebung, den damit veränderten Auszahlungs- und Erfassungsmodalitäten wurden diese Daten im vorliegenden Bericht nicht mehr berücksichtigt.

Anzahl Personen, die Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten haben pro 1.000 Einwohner (bis 2004)



Anzahl Personen, die soziale Leistungen erhalten haben pro 1.000 Einwohner (ab 2005)



Die Anzahl der Personen in Hockenheim, die Leistungen vom Kreissozialamt erhalten haben, ist von 2005 auf 2006 deutlich gestiegen (Leistungen, die die Kosten für die Unterkunft betreffen, um 9,4 %). Im Jahr 2007 ergab sich insgesamt ein Rückgang, der vor allem in der sinkenden Anzahl von Personen begründet liegt, die eine Grundsicherung nach SGB XII bekommen haben (Rückgang ca. 20 %). Auch wenn dieser Rückgang grundsätzlich zu begrüßen ist, bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten. Da die aktuellen gesetzlichen Bestimmungen (Hartz-Reform) erst seit 2005 greifen, ist die Datenreihe noch zu kurz, um weitergehende Interpretationen zuzulassen.

Interessant wäre in diesem Zusammenhang auch die Betrachtung der Empfänger von Arbeitslosengeld II. Diese werden vom Statistischen Landesamt ab 2006 erfasst, sind jedoch nur auf Kreisebene abrufbar. Von 2006 auf 2007 sank die Anzahl der ALG II-Empfänger im Rhein-Neckar-Kreis von 24326 auf 22785 (- 6 %).

Quellen: Sozialamt Rhein-Neckar-Kreis, Sozialamt Stadt Hockenheim

Ausbildungsplätze

C2

INDIKATOR Anzahl der Ausbildungsverhältnisse pro 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigter

GESELLSCHAFT / SOZIALES

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Mit diesem Indikator sollte die Zahl der tatsächlich abgeschlossenen Verträge mit Auszubildenden wiedergegeben werden. Auszubildende sind Personen, die eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf durchlaufen. Erfasst werden die bei der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer registrierten Ausbildungsverhältnisse.

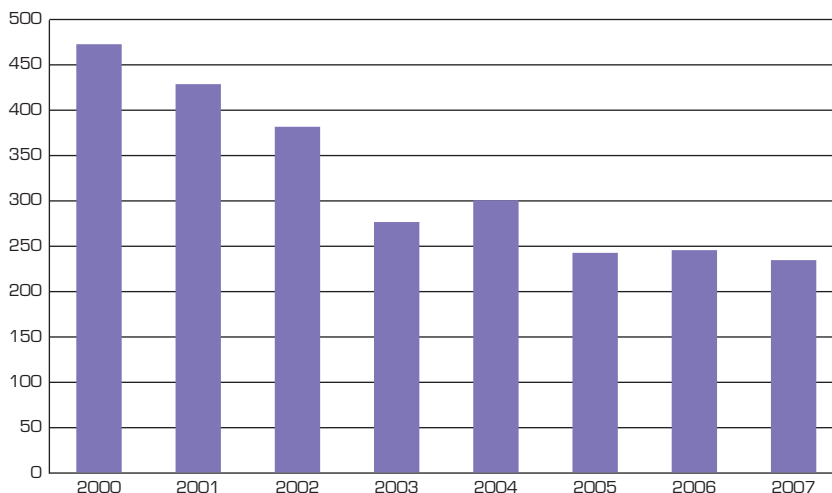
Aufgrund unterschiedlicher Datenerhebungsgebiete der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer, konnte die Anzahl der tatsächlich abgeschlossenen Verträge weder auf kommunaler noch auf Kreisebene erfasst werden. Von der Arbeitsagentur Mannheim wurden lediglich Daten zu den gemeldeten Ausbildungsplätzen im Arbeitsamtsbezirk Schwetzingen zur Verfügung gestellt.

■ BEDEUTUNG

Durch neue und sich stetig ändernde Anforderungen des Arbeitsmarktes wird die Bedeutung der beruflichen Qualifikation auch künftig zunehmen. Dies umso mehr, da wir als „Hochlohnland“ im internationalen Wettbewerb („Globalisierung“) nur durch Innovationen und Qualität bestehen können.

Das lebenslange Lernen bzw. Umlernen wird künftig von allen Erwerbstätigen gefordert und Menschen ohne ausreichende schulische sowie berufliche Aus- und Weiterbildung werden es zunehmend schwer haben, eine Arbeitsstelle zu finden. Der große Bestand an „Spätentwicklern“ sollte intensiver erschlossen werden.

Gemeldete Ausbildungsplätze im Arbeitsamtsbezirk Schwetzingen



■ ENTWICKLUNG

Während die Anzahl der Ausbildungsstellen von 2000 bis 2003 kontinuierlich zurückging, ist seit 2005 die Anzahl der gemeldeten Stellen nahezu gleich geblieben.

Die Entwicklung von 2006 zu 2007 widerspricht der auf Länder- und Bundesebene. Von 2006 auf 2007 stieg der Anteil der Ausbildungsstellen in Baden-Württemberg um 11,4% auf Bundesebene sogar um 12,5%, im Arbeitsamtsbezirk Schwetzingen hingegen gab es 2007 4,5% weniger Ausbildungsstellen als 2006.

Dies könnte möglicherweise ein Hinweis dafür sein, dass der 2004 von der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft initiierte Ausbildungspakt im Arbeitsamtsbezirk Schwetzingen nicht greift.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Mannheim

Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

C3

INDIKATOR

Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo

GESELLSCHAFT / SOZIALES

■ DEFINITION DES INDIKATORS

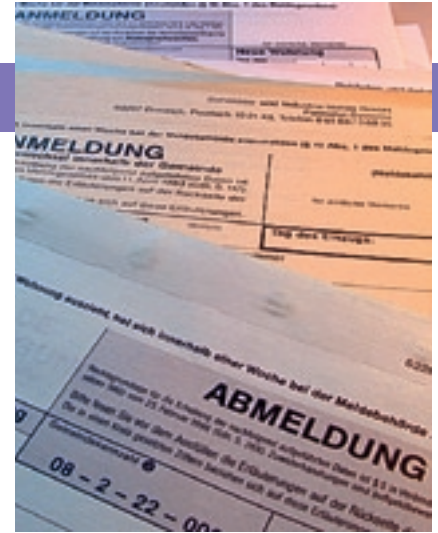
Berücksichtigt ist die Anzahl der Menschen, die im Bezugsjahr durch Umzug in die Kommune zuziehen sowie die Zahl derer, die die Kommune durch Umzug verlassen. Die Differenz stellt den Wanderungssaldo dar.

■ BEDEUTUNG

Eine dauerhaft hohe Zahl von Zuzügen spricht für eine hohe Attraktivität der Kommune / Region im Vergleich zu anderen. Umgekehrt deutet eine hohe Zahl von Fortzügen auf eine abnehmende oder geringe Attraktivität hin. Ein bestimmter Wanderungssaldo kann dabei sowohl das Ergebnis einer hohen als auch einer niedrigen Fluktuation sein. Die Beurteilung des Wanderungssaldos hängt daher von den jeweiligen kommunalen / regionalen Gegebenheiten ab. Sehr hohe Salden – positiv oder negativ – können oftmals als Hinweis auf bestehende Problemkonstellationen verstanden werden.

■ ENTWICKLUNG

In der Zeit zwischen 1990 und 2007 hat sich die Einwohnerzahl von Hockenheim von 16.730 auf 21.031 um 4.301 Personen (oder 25,7 %) erhöht. Diese Bevölkerungszunahme hängt eng mit einem vergleichsweise hohen Austausch der Bevölkerung zusammen. Die Wanderungsbewegungen (Zuzüge in und Fortzüge aus der Stadt) sind in den 90er Jahren außergewöhnlich groß. Im Durchschnitt von 14 Jahren sind jährlich 6,1 % der Wohnbevölkerung weg- und 7,6 % neu zugezogen. In der Summe bedeutet dies eine Bevölkerungswanderung in der Größenordnung der heutigen Einwohnerzahl der Stadt (Zuzü-

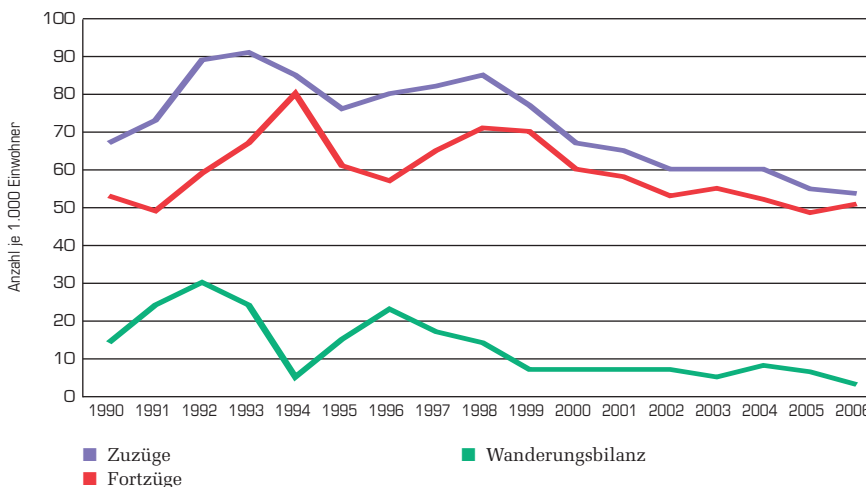


ge mehr als 20.100 Personen). Der positive Wanderungssaldo für diesen Vergleichszeitraum beträgt + 3.800 Personen (oder + 22,8 % gemessen an 1989).

Der hohe Bevölkerungsaustausch der 90er Jahre ist Teil einer Entwicklung, die teilweise auch die Nachbargemeinden betrifft. Er ist jedoch nicht unproblematisch, da sowohl Fortwie Zuzüge auf einem vergleichsweise hohen Niveau bleiben (über 5 %) und wahrscheinlich in begrenzten Stadtquartieren stattfinden. Dies geht nicht selten einher mit höherer Abnutzung privater und öffentlicher Güter, sinkender Bestandserhaltung, Verringerung der sozialen Vielfalt, oder Verlust der Identitätsbildung für zugezogene Bürgerinnen und Bürger. Damit nehmen die Bindungen zur Stadt ab, mit den bekannten Konsequenzen für das soziale Zusammenleben und den wirtschaftlich wirksamen Orientierungen.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Zu- und Fortzüge, Wanderungsbilanz



Kulturelles Angebot

C4

INDIKATOR **Bestand an Medien in nichtwissenschaftlichen öffentlich zugänglichen Bibliotheken pro 1.000 Einwohner**

GESELLSCHAFT / SOZIALES

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Mit dem Indikator wird der Gesamtbestand der in den nichtwissenschaftlichen öffentlichen Bibliotheken vorhandenen Medien erfasst, die den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Die Gesamtzahl der Medien wird auf die Einwohnerzahl bezogen. Unter Medien werden unter anderem Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, CD-ROMs und DVDs sowie CDs, Schallplatten und Kassetten verstanden.

■ BEDEUTUNG

Bis ca. 2002 ist ein deutlicher Rückgang beim Medienbestand zu verzeichnen: Während es im Jahr 2000 in Deutschland 11.332 öffentliche Bibliotheken mit einem Medienbestand von 125 Mio. Einheiten gab, waren es im Jahr 2002 nur noch 10.326 Bibliotheken. Der Medienbestand sank auf 114,4 Mio. Einheiten, was einem Durchschnittswert von 1.386 Medien je 1.000 Einwohner entspricht. Diese negative Entwicklung spiegelte sich auch in den rückläufigen Zahlen der Benutzer und deren Entleihungen wider. Der Trend setzte sich erfreulicherweise nicht

fort. In 2006 waren es wieder 10.339 Bibliotheken mit einem Medienbestand von 123 Mio. Einheiten.

Die Aufrechterhaltung und weitgehend die Verbesserung des Bestandes an Bibliotheken und Medien ist demzufolge unter gesellschaftlichen und ökonomischen Gesichtspunkten einer nachhaltigen Entwicklung von hoher Bedeutung. Zu berücksichtigen ist, dass in Teilbereichen – insbesondere bei Zeitungen und Zeitschriften – eine Substitution durch die Bereitstellung von Internetzugängen in Bibliotheken erfolgt.

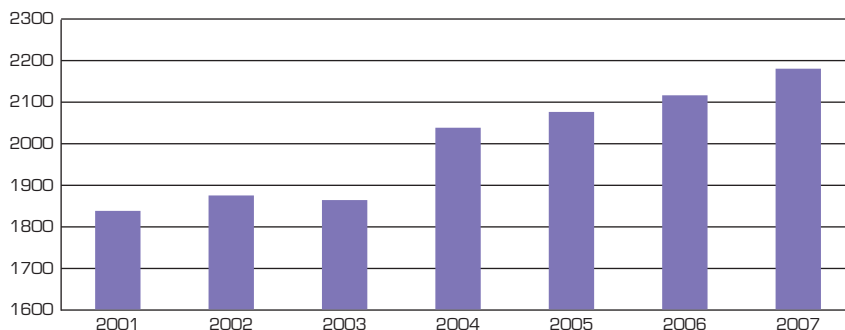


■ ENTWICKLUNG

Berücksichtigt für diesen Indikator wurde der Bestand der Stadtbibliothek Hockenheim. Die Zahl der Medien pro 1.000 Einwohner hat sich dort in den letzten Jahren erhöht: von 1.837 im Jahr 2001 bis auf 2.179 im Jahr 2007, was einem Zuwachs von ca. 18% entspricht. Empfohlen lt. Bibliotheksplan sind 2 Medien/Einwohner. Hockenheim liegt damit über dem bundesdeutschen Schnitt. Dies zeigt, dass die Bibliothek in Hockenheim auch in schwierigen Haushaltslagen gut gepflegt wird und den Bürgern ein breites Angebot offerieren kann.

Quellen: Stadtbibliothek Hockenheim, bibliotheksportal.de

Bestand an Medien pro 1.000 Einwohner



Gesundheitsniveau

C5

INDIKATOR Anteil der übergewichtigen Kinder gemäss Schuleingangsuntersuchungen

GESELLSCHAFT / SOZIALES

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Die Beurteilung des Gewichtsstatus erfolgt üblicherweise anhand des Body Mass Index (BMI), der das Verhältnis zwischen Körpergewicht und Körpergröße ausdrückt ($BMI = \text{Körpergewicht} / \text{Körperhöhe}^2$). Bei Kindern können die gültigen Abgrenzungen jedoch nicht angewendet werden. Inzwischen nehmen die meisten Gesundheitsämter Bezug auf eine im Jahr 2001 von der Arbeitsgemeinschaft Adipositas im Kindes- und Jugendalter vorgestellten Studie, in der Referenzwerte von rund 34.000 Kindern und Jugendlichen aus verschiedenen Regionen Deutschland berechnet wurden. Als übergewichtig bzw. fettleibig gilt ein Kind, wenn 90 bzw. 97% der Kinder gleichen Alters und gleichen Geschlechts einen niedrigeren BMI haben als es selbst.

■ BEDEUTUNG

Immer mehr Kinder sind in den Industrieländern aufgrund des Genusses von falscher, unausgewogener Ernährung sowie geringer körperlicher Bewegung übergewichtig. Übergewicht kann zu körperlichen, aber auch psychischen Problemen bei den betroffenen Kindern führen. In einer nachhaltigen Gesellschaft ist es besonders wichtig, dass die heutigen Kinder und Jugendlichen eine gesunde Ernährung erhalten, weil sie

die Eltern von morgen sind und ihre Ernährungsgewohnheiten an ihre Kinder weitertragen. Lokale Agenda 21-Gruppen können Aufklärungsaktionen gegen ungesunde Ernährung und Inaktivität starten. Darüber hinaus könnten sie sich an Aktivitäten für ein gesundes Schulfrühstück beteiligen und sich für die Behandlung des Themas Ernährung im Unterricht in den örtlichen Schulen einsetzen.



■ ENTWICKLUNG

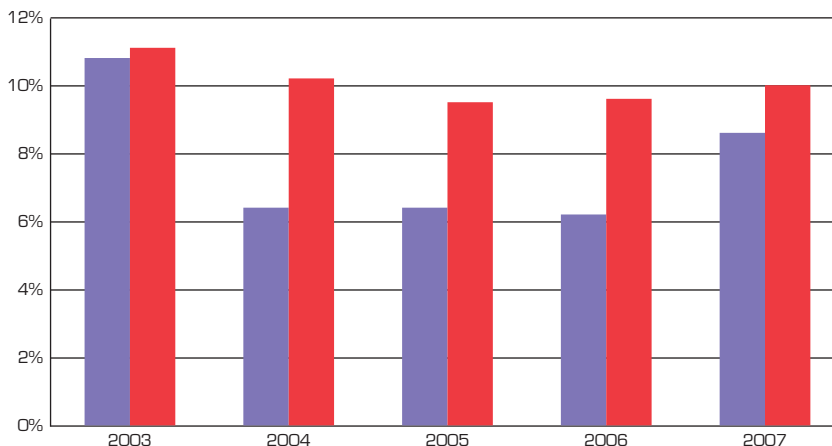
In den Schuleingangsuntersuchungen im Rhein-Neckar-Kreis werden Daten zu Größe und Gewicht der Kinder erst seit 2003 erhoben.

Nachdem der Anteil der übergewichtigen und fettleibigen (adipösen) Kinder zu Beginn der Datenerhebung im Stadt- und Landkreisgebiet vergleichbar war, lagen die Hockenheimer Werte in den Jahren 2004 bis 2006 deutlich unter den für den gesamten Landkreis erhobenen Daten.

Laut aktueller „Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland“ (KiGGS) sind etwa 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland übergewichtig. Somit fallen die Hockenheimer Werte auch im Bundesvergleich relativ niedrig aus.

Quellen: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, Gesundheitsamt Baden-Württemberg

Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchungen



■ Hockenheim
■ Rhein-Neckar-Kreis

Sicherheitsniveau

C6

INDIKATOR

Bekanntgewordene Straftaten pro 1.000 Einwohner

GESELLSCHAFT / SOZIALES

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die die Datengrundlage für diesen Indikator liefert, wird seit 1971 nach bundeseinheitlichen, zuletzt zum 1.1.1997 geänderten, Richtlinien erstellt. Dabei werden alle von der Polizei bearbeiteten rechtswidrigen Taten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert, die im Zuständigkeitsbereich der Hockenheim-Polizei begangen werden. In der PKS sind jedoch Staatsschutz-, Steuer- und reine Verkehrsdelikte nicht enthalten. Die Statistik kann durch zahlreiche Faktoren beeinflusst werden (zum Beispiel Veränderungen im Anzeigeverhalten oder der Intensität der Verbrechenskontrolle) und gibt naturgemäß keinen Aufschluss über das so genannte Dunkelfeld.

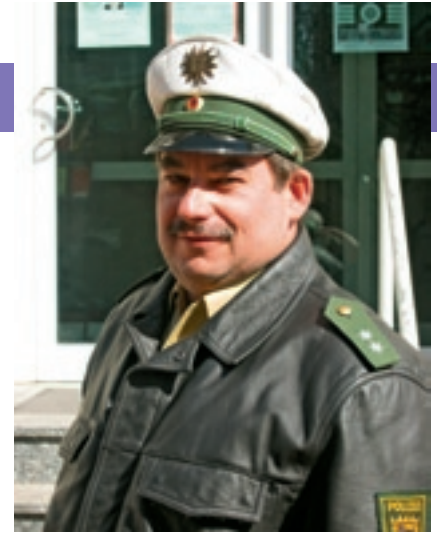
■ BEDEUTUNG

Häufig beruhen Straftaten auf sozialen Problemen, die wiederum ihre Ursache in wirtschaftlichen Veränderungen haben können. Wachsende Armut und negative Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sind hier ebenso zu nennen wie mangelnde Zukunftsperspektiven bei Jugendlichen. Natürlich sollte das Ziel sein, die Zahl der Straftaten möglichst gering zu halten. Die Angabe eines bestimmten Zielwertes erscheint jedoch, gerade unter Berücksichtigung der genannten Einflussfaktoren

auf die Statistik, nicht sinnvoll. Eine erste Orientierung können hier aber die Vergleichszahlen für die Bundes- und Landesebene geben.

■ ENTWICKLUNG

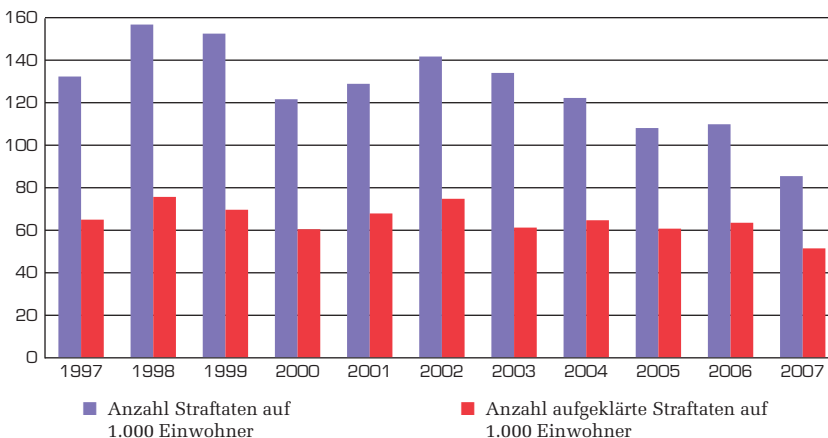
Die Kriminalstatistik ergibt für Hockenheim einen Anstieg der Straftaten bis 1998. Hier wurde das Maximum von 156 Straftaten auf 1.000 Einwohner erreicht. Danach schwankte die Anzahl der Straftaten zwischen 85 (2007) und 152 Straftaten auf 1.000 Einwohner (1999),



sank aber tendenziell über den betrachteten Zeitraum. Absolut liegt Hockenheim über dem Durchschnitt des Landes Baden-Württemberg. Zu berücksichtigen sind dabei aber die Kontrollen und Fahndungserfolge der Autobahnpolizei und die Großveranstaltungen auf dem Hockenheim-Ring. Um Veranstaltungen auf dem Hockenheim-Ring und Kontrollen auf der Autobahn bereinigt, ergibt sich für Hockenheim ein positives Bild. Die Tendenz der Hockheimer Kriminalstatistik ist seit einigen Jahren rückläufig. Die Aufklärungsquote ist stetig gestiegen und liegt momentan mit 60,04% im Landesdurchschnitt. Nach einer Studie ist das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung in den letzten Jahren stetig gestiegen.

In Baden-Württemberg war bis 2004 ein Anstieg zu verzeichnen. 2004 stellte mit einer Zunahme von 12,9% einen Höhepunkt dar. Seitdem sind die Zahlen auf Landesebene stetig zurückgegangen.

Anzahl der Straftaten (insgesamt und aufgeklärt) pro 1.000 Einwohner



Quelle: Polizeirevier Hockenheim

Behindertengerechter Nahverkehr

C7

INDIKATOR

Anzahl behindertengerechter Bushaltestellen

GESELLSCHAFT / SOZIALES

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Anzahl der behindertengerechten Bushaltestellen im Stadtgebiet

■ BEDEUTUNG

Die Zukunftsfähigkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Kommune hängt stark davon ab, ob der Zugang zu den Bussen barrierefrei ist. Die barrierefreie Nutzung des ÖPNV ist wichtig, einmal für die wachsende Zahl alter Menschen und für Behinderte, aber auch für Fami-

lien mit kleinen Kindern. Angesichts steigender Energiepreise gewinnt der ÖPNV an Bedeutung und darum ist der zügige und reibungslose Fahrgastwechsel unverzichtbar, der erst durch Barrierefreiheit ermöglicht wird.



■ ENTWICKLUNG

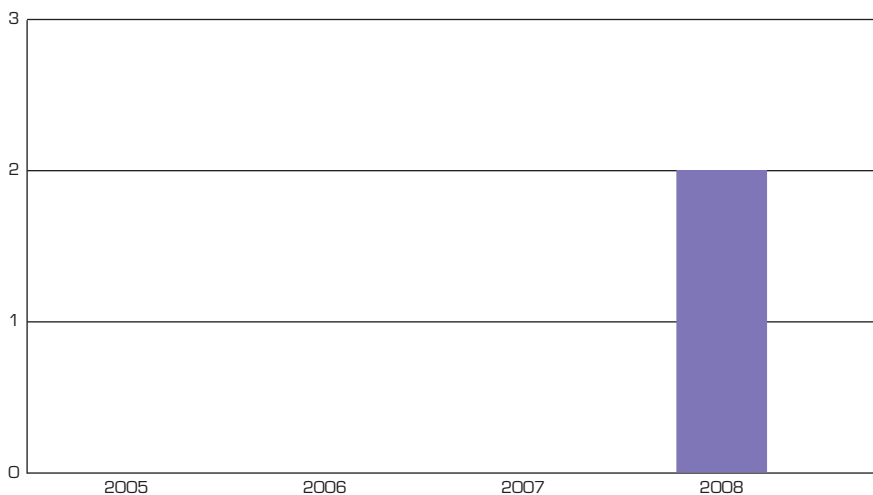
Zur Drucklegung dieses Berichtes gab es noch keine behindertengerechte Bushaltestelle im Stadtgebiet. Allerdings waren eine Haltestelle im Bau (Kaiserstraße) und eine weitere in Planung (Obere Hauptstraße/Lutherhaus).

In Zusammenarbeit mit der Projektgruppe „Mobilität von Senioren und Gehbehinderten“ strebt das Bauamt an, die Haltestellen bei Baumaßnahmen barrierefrei aus- bzw. umzubauen.

Es wird noch einige Jahre dauern bis der barrierefreie Umbau des Bahnhofs erfolgt, nämlich erst beim Ausbau der S-Bahn-Strecke Mannheim – Karlsruhe. Deshalb ist die Optimierung des Busverkehrs für die Bevölkerung dringend erforderlich.

Quelle: eigene Erhebung

Anzahl barrierefreier Bushaltestellen im Stadtgebiet



Niveau von Aus- und Weiterbildung

C8

INDIKATOR Anzahl der Teilnehmer/innen an VHS-Veranstaltungen pro 1.000 Einwohner

GESELLSCHAFT / SOZIALES

■ DEFINITION DES INDIKATORS

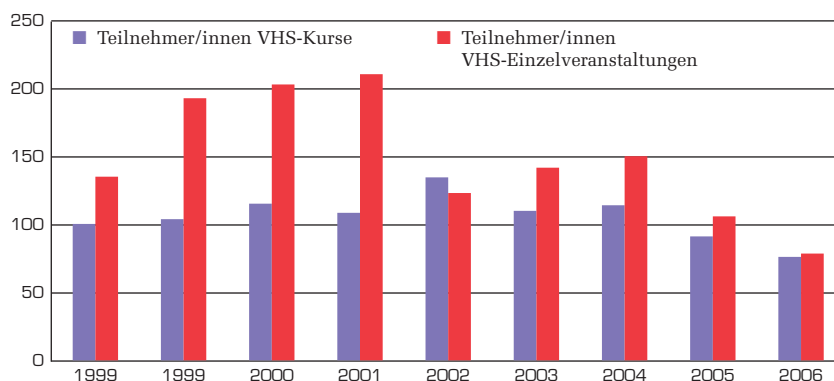
Mit diesem Indikator wird erfasst, wie sich die Bereitschaft zur Fort- und Weiterbildung in der jeweiligen Kommune entwickelt. Dazu wird die Anzahl der Teilnehmer/innen in Bezug zur Einwohnerzahl gesetzt. Einen Anhaltspunkt dazu kann die Anzahl der Teilnehmer/innen an den Kursen der VHS Hockenheim geben.

■ BEDEUTUNG

Seit 1979 wird die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland im Rahmen des BSW (Berichtssystem Weiterbildung) ermittelt. Basis sind im 3-jährigen Abstand durchgeführte repräsentative Erhebungen bei der 19-64 jährigen Bevölkerung. Der Anteil der Personen, die im jeweiligen Berichtszeitraum der letzten 12 Monate an Kursen oder anderen Veranstaltungen der beruflichen oder allgemeinen Weiterbildung teilgenommen hat, stieg in dieser Zeit erheblich an: von 29% im Jahr 1979 bis auf 48% im Jahr 1997. Seither war die Beteiligung jedoch rückläufig und erreichte 2003 nur noch 41%. Nach der aktuellen BSW-Erhebung von 2007 ist dieser rückläufige Trend gestoppt. Die Beteiligungsquote beträgt

nun 43% und zeigt damit wieder eine leicht steigende Tendenz. Eine deutlichere Zunahme verzeichnen informelle Lernaktivitäten außerhalb von Kursen und Veranstaltungen. Im BSW werden verschiedene arbeitsplatznahe Formen der beruflichen Qualifizierung als „informelle berufliche Weiterbildung“ erfasst. Der Anteil der Erwerbstätigen, die in den letzten 12 Monaten an mindestens einer dieser Formen teilgenommen haben, beträgt in der aktuellen Erhebung 68% gegenüber 61% drei Jahre zuvor. „Selbstlernen in der Freizeit“ – in dem Sinne, dass man „sich selbst etwas beigebracht hat“ – berichten jetzt 39% der Befragten gegenüber 35% drei Jahre zuvor.

Anzahl Teilnehmer/innen in VHS-Kursen und VHS-Einzelveranstaltungen pro 1.000 Einwohner



■ ENTWICKLUNG

Die VHS erfasst lediglich die Teilnehmer/innen getrennt nach Einzelveranstaltungen und Kursen. Die Beteiligung an den Kursen ist relativ konstant. Zwischen 1998 und 2002 ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen, danach eine tendenzielle Abnahme. 2002 nahmen 2.756 Personen (135 pro 1.000 Einw.) an Kursen teil, in 2006 noch 1.581 Personen (76 pro 1.000 Einw.). Die Beteiligung an Einzelveranstaltungen ist größeren Schwankungen unterworfen. Im Jahr 2001 nahmen 4.275 Personen (108 pro 1.000 Einw.) teil in 2006 nur noch 1.632 Personen (79 pro 1.000 Einw.). Der Rückgang kann auf verschiedene Ursachen, z.B. Qualität und Menge der Angebote, zurückzuführen sein. Eventuell ist auch dies ein Indikator, wie viel Liquidität der Bevölkerung zur Verfügung steht. Deutlich ist der Einbruch 2001/2002 zu sehen, parallel zur Euroumstellung. Wenn höhere Teilnehmerzahlen angestrebt werden, lässt sich dies sicher durch gezielte Förderung realisieren. Informationen über die Teilnahme der Bevölkerung bei sonstigen Bildungseinrichtungen wie z.B. weiterführender Schulen, Fernstudienlehrgänge etc. liegen nicht vor. Diese Teilnehmerzahlen finden deshalb keine Berücksichtigung.

Quellen: VHS Hockenheim, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Ehrenamtliches Engagement

D1

INDIKATOR

Zahl der eingetragenen Vereine pro 1.000 Einwohner

PARTIZIPATION

■ DEFINITION DES INDIKATORS

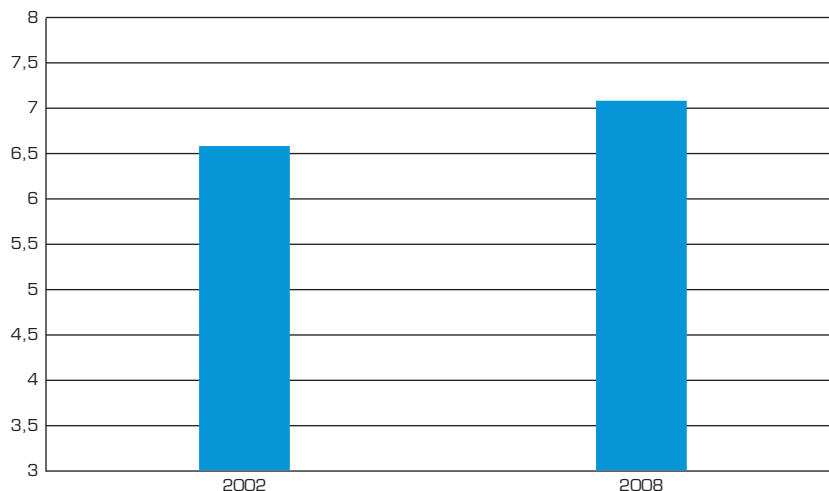
Es wird die Anzahl der beim Registergericht eingetragenen Vereine auf die Anzahl der Einwohner bezogen.

■ BEDEUTUNG

Ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement ist ein sogenanntes „weiches Ziel“, das sich statistisch nur schwer erfassen lässt. Es ist festzuhalten, dass die Mehrzahl der in Vereinen engagierten Menschen zwar aus unterschiedlichen persönlichen Gründen im Verein mitmachen, ohne jedoch dabei ehrenamtliche Tätigkeiten auszuüben. Nur ein Teil der Mitglieder kann als „ehrenamtlich tätig“ betrachtet werden.

Eine große Anzahl von Menschen ist in vielfältigen anderen Bereichen ehrenamtlich tätig, von der Lokalen Agenda bis zur regelmäßigen Hilfe in der Pflege alter Menschen und zur Sterbebegleitung durch die Hospizgruppe. Da diese Zahlen jedoch nur teilweise zu ermitteln sind, wird die Anzahl der eingetragenen Vereine dokumentiert. Eine wachsende Anzahl von Vereinen deutet zweifellos auf einen Anstieg des bürgerschaftlichen Engagements hin.

Anzahl der eingetragenen Vereine pro 1.000 Einwohner



■ ENTWICKLUNG

Für die Kommune kommt dem ehrenamtlichen Engagement ihrer Bürger zunehmende Bedeutung zu; der „demografische Faktor“, d.h. die wachsende Zahl alter Menschen, sowie die finanzielle Beschränkung der öffentlichen Mittel machen die ehrenamtliche Betätigung der Bürger in den unterschiedlichsten Bereichen erforderlich. Gleichzeitig bringt ehrenamtliches Engagement auch eine Stärkung des bürgerschaftlichen Selbstbewusstseins und des Zusammenhalts der Menschen und der Solidarität der Generationen untereinander.

Für Hockenheim gilt dies in besonderem Maß. Durch die gestiegene Einwohnerzahl sind das Bewusstsein der gegenseitigen Verantwortung und Zusammengehörigkeit sowie die Aufmerksamkeit für Geschehnisse und Bedürfnisse der Bevölkerung notwendiger geworden, um die Stadt lebenswert und attraktiv zu erhalten.

Anfang 2008 waren in Hockenheim 149 Vereine aktiv.

Quelle: Stadt Hockenheim

Demokratisches Engagement

D2

INDIKATOR

Wahlbeteiligung

PARTIZIPATION

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Die Wahlbeteiligung drückt das Verhältnis zwischen der Anzahl der bei einer Wahl abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen und der Gesamtzahl der Wahlberechtigten aus. Die Vorschriften der Wahlberechtigung sind für alle Wahlarten weitgehend einheitlich. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens drei Monaten im Geltungsbereich des jeweiligen Wahlgesetzes beziehungsweise im Wahlgebiet seinen (Haupt-)Wohnsitz hat. In einigen Bundesländern wurde das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabgesetzt. Darüber hinaus haben seit dem Vertrag von Maastricht (1992) auch EU-Bürger in den Kommunen das aktive und passive Wahlrecht.

■ BEDEUTUNG

Wenn es gelänge, Kommunalpolitik mit den Inhalten der Nachhaltigkeit und der Lokalen Agenda 21 für die Bürger so interessant zu machen, dass sich mindestens so viele Bürgerinnen und Bürger wie bei Bundestagswahlen daran beteiligten, wäre dies ein beachtlicher Erfolg und eine gute Grundlage für eine nachhaltige Kommunalpolitik. An der Bundes-

tagswahl 2005 beteiligten sich knapp 80 % Hockenheimer Bürgerinnen und Bürger. Es ist auch zu beachten, dass die Beteiligung bei Kommunalwahlen positiv beeinflusst werden kann, wenn diese parallel zu einer anderen Wahl, also Bundestags- und Landtagswahl oder der Wahl zum Europaparlament stattfinden.



■ ENTWICKLUNG

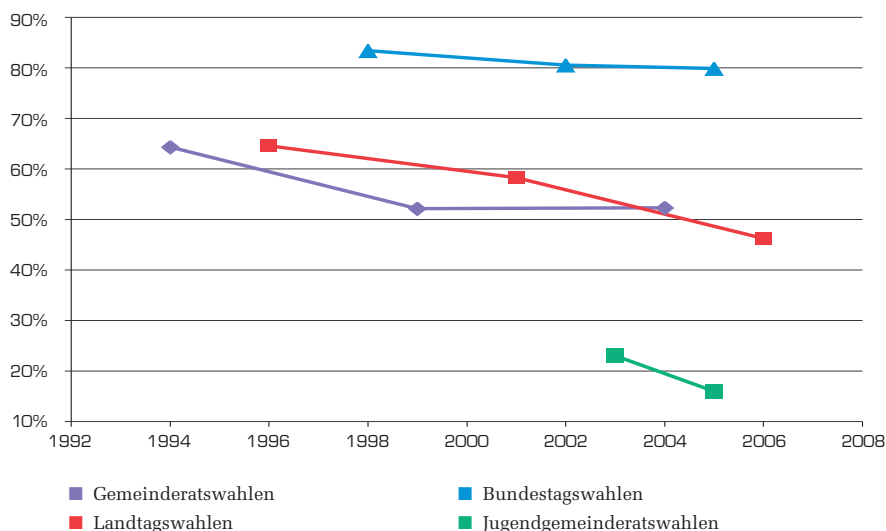
Hockenheim konnte sich dem bundesweiten Trend eines Rückgangs nicht entziehen, wobei die Beteiligung bei den letzten beiden Gemeinderatswahlen in etwa gleich war.

Der Rückgang betrifft alle Wahlen: von der Bundestagswahl, die noch immer eine deutlich höhere Beteiligung aufweist bis zu den Wahlen auf Landes- und kommunaler Ebene.

Bedauerlicherweise ist die Beteiligung an den Jugendgemeinderatswahlen in Hockenheim besonders gering. 2005 gingen weniger als 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler an die Wahlurnen. Die letzte für 2007 geplante Wahl ist gescheitert, weil sich zu wenige Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt hatten.

Quellen: Stadt Hockenheim, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Wahlbeteiligung



Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit

D3

INDIKATOR Anteil kommunaler Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

PARTIZIPATION

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Für diesen Indikator werden die im kommunalen Haushalt ausgewiesenen Ausgaben für kommunale Entwicklungszusammenarbeit erfasst und auf den Gesamthaushalt bezogen. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) kann drei Bereiche umfassen: die Förderung der Anliegen von Ländern der Dritten Welt in der eigenen Kommune, die Unterstützung von Projekten oder Städtepartnerschaften in einem Entwicklungsland sowie die Unterstützung von internationalen Organisationen.

■ BEDEUTUNG

Außen- und Entwicklungspolitik fallen in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich des Bundes. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich aber die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit als freiwilliger und ergänzender Handlungsbereich in vielen Kommunen etabliert und bewährt. Der dauerhafte Erfolg der internationalen Zusammenarbeit

und der vielfältigen ehrenamtlichen Arbeit setzt voraus, dass ein Mindestmaß an finanziellen Mitteln von der Kommune bereitgestellt wird. Einige Kommunen haben sich seit längerem zu Leistungen in Höhe von 0,25 Euro bis 0,50 Euro (zum Teil mit Unterstützung des Landes) je Einwohner verpflichtet.

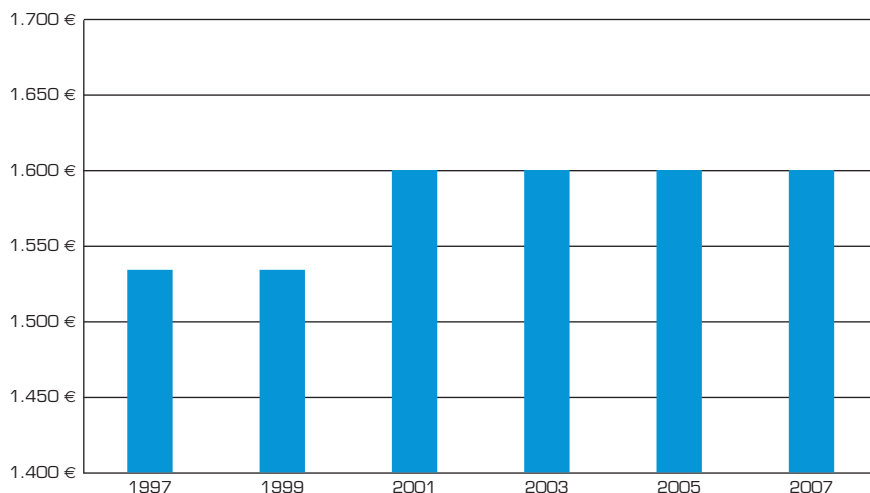


■ ENTWICKLUNG

Die jährlichen kommunalen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit betragen seit der Umstellung von DM auf Euro im Jahre 2001 1.600 €. Für diesen Betrag werden Projekte in der Partnerstadt Samba in Burkina-Faso durchgeführt. Die Hilfe zur Selbsthilfe konzentriert sich auf die Bereiche Wasserversorgung, medizinische Versorgung und Schulwesen.

Der finanzielle Beitrag der Stadt Hockenheim für die Entwicklungszusammenarbeit ist sehr niedrig. Wenn man von einer kommunalen Leistung von nur 0,25 € pro Einwohner ausgeht, hätte der Betrag 2007 (20.885 Einwohner) bei rund 5.220 € liegen müssen.

Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit



Quelle: Stadt Hockenheim

Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben

D4

INDIKATOR

Anteil der Frauen im Kommunalparlament

PARTIZIPATION

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Die Zahl der Frauen im Kommunalparlament wird in Bezug gesetzt zur Gesamtzahl der gewählten Mandatsträger. Die Angaben beziehen sich jeweils auf das unmittelbare Ergebnis der Wahlen. Im Einzelfall kann es durch das vorzeitige Ausscheiden eines Mandatsträgers und der dann fälligen Neubesetzung durch Nachrücken zu geringfügigen Verschiebungen während der Wahlperioden kommen, die hier unberücksichtigt bleiben können.

■ BEDEUTUNG

Die Festlegung eines festen Zielwertes erscheint nicht sinnvoll. Unbestritten ist jedoch, dass Frauen häufig eine andere Sicht in politische Diskussionen einbringen und vor allem auch unterschiedlich von politischen Entscheidungen betroffen sind. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass die Berücksichtigung dieser spezifischen Interessen eher sichergestellt werden kann, wenn der Anteil

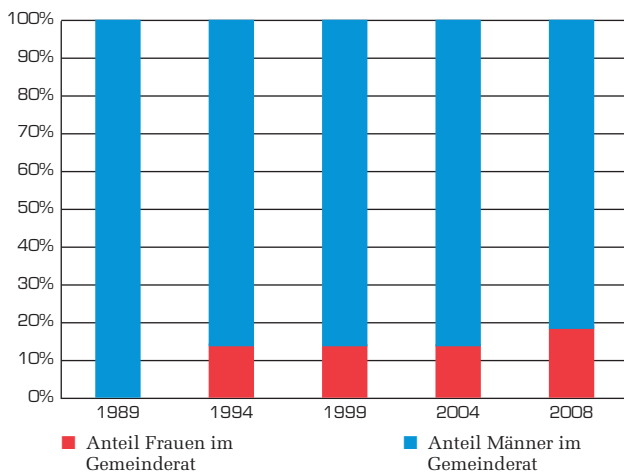
der Frauen in den politischen Entscheidungsgremien nicht allzu weit von ihrem Anteil an der Bevölkerung entfernt ist. Trotz steigender Tendenz sind Frauen bislang auf allen politischen Ebenen deutlich unterrepräsentiert. Bei der Wahl von 2005 wurden 197 Frauen in den Bundestag gewählt; bei einer Gesamtzahl von 613 Abgeordneten entspricht dies 32,1% (2002: 32,5%, 1998: 30,9%).

■ ENTWICKLUNG

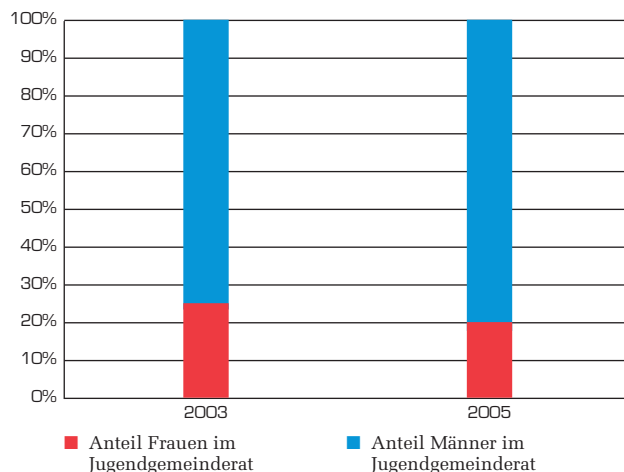
Im Hockenheimer Kommunalparlament sind derzeit vier Frauen; bei einer Gesamtzahl von 22 Abgeordneten sind das nur 18%, also ein deutlich geringerer Anteil als der Anteil der Frauen in der Bevölkerung – und auch erheblich niedriger als der Anteil der Frauen im Bundesparlament. Ähnlich, jedoch nicht ganz so drastisch, ist die Geschlechterverteilung im Jugendgemeinderat. Hier engagierten sich von 2003 bis 2005 drei und von 2005 bis 2007 zwei junge Frauen bei insgesamt 12 bzw. 10 Mitgliedern.

Quelle: Stadt Hockenheim

Anteil der Frauen und Männer im Gemeinderat



Anteil der Frauen und Männer im Jugendgemeinderat



Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

D5

INDIKATOR Anteil kommunaler Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

PARTIZIPATION

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Für die Berechnungen wurden aus dem Einzelplan 4 des Verwaltungshaushalts der gesamte Unterabschnitt 46 (Jugendhaus, Kindergärten, Krippe, Hort) und aus dem Unterabschnitt 47 die Einzelpositionen „Zuschuss Erziehungsberatung“ (ab 2004: „Zuschuss Kinderschutzbund“) und „Zuschüsse Kindergärten“ (bis 2003) herangezogen. Investitionsausgaben wurden nicht berücksichtigt.

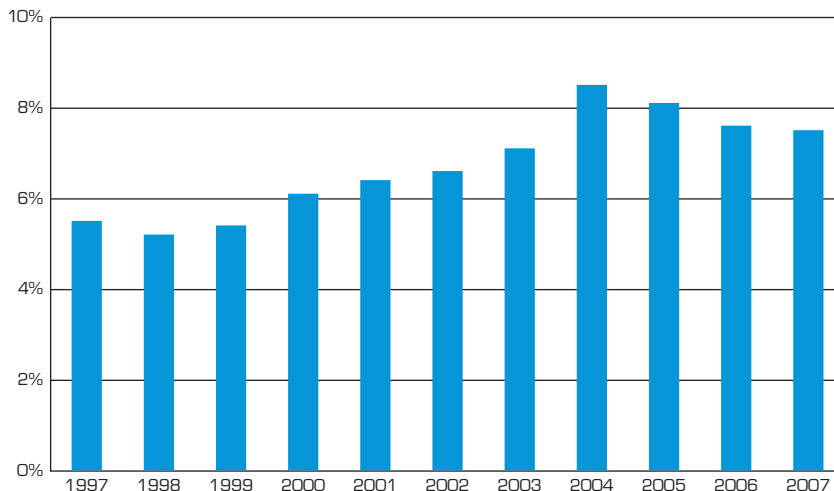
(Anmerkung: Bei der zweiten Auflage konnte nicht nachvollzogen werden, welches Datenmaterial für den ersten Bericht verwendet wurde. Aus diesem Grund ergeben sich für die Jahre 1997 bis 2001 in beiden Auflagen Differenzen beim Zahlenmaterial).

■ BEDEUTUNG

Die Befriedigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Gemeinwesen muss von der Kommune aktiv gefördert werden. Auch das Ziel, soziale Probleme und Spannungen zu vermeiden, gebietet es, diese wichtige Aufgabe angemessen und dauerhaft wahrzunehmen. Der Umfang der erforderlichen Leistungen lässt sich per se nicht als konkrete

langfristige Zielvorgabe bestimmen, sondern kann über die Jahre durchaus gewissen Schwankungen unterliegen. Diese sollten sich in erster Linie an den sozialpolitischen Notwendigkeiten orientieren. Die Ausgaben auf Bundes- und Landesebene können hierbei wegen der unterschiedlichen Aufgaben keine Orientierung bieten.

Anteil Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit am Gesamthaushalt



■ ENTWICKLUNG

Der Anteil der Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit im kommunalen Haushalt hatte sich mit etwas über 5% im Jahre 1998 auf das bisherige Maximum von 8,5% im Jahr 2004 stetig gesteigert. Die deutliche Steigerung von 2003 auf 2004 lässt sich auf die im Jahr 2004 sehr stark erhöhten Zuschüsse für Kindergärten und für die Erziehungsberatung zurückführen.

Die Tatsache, dass der prozentuale Anteil der kommunalen Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit seit 2005 rückläufig ist, täuscht darüber hinweg, dass die absoluten Ausgaben von 3,22 Mio. € (2005) auf 3,32 Mio. € (2007) gestiegen sind. Dies hängt mit der deutlichen Erhöhung des Verwaltungshaushaltsvolumens (2005: 40,06 Mio €, 2006: 42,54 Mio €, 2007: 44,66 Mio. €) zusammen.

In Hinblick auf eine verbesserte Betreuung von Kleinkindern und Schülern sowie einer besseren Ausbildung von Schülern und Jugendlichen soll jedoch einer weiteren negativen Entwicklung der relativen Ausgaben in Beziehung zum Gesamthaushalt entgegengewirkt werden.

Quelle: Stadt Hockenheim

Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess

D6

INDIKATOR Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der lokalen Agenda 21 pro 1.000 Einwohner

PARTIZIPATION

■ DEFINITION DES INDIKATORS

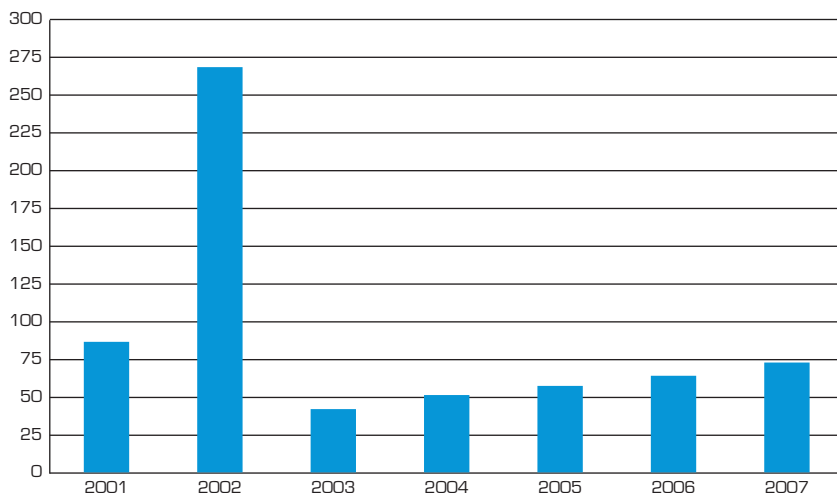
Der Kernbereich des Indikators besteht aus zwei Komponenten: der Summe der Stunden, die von den Teilnehmern an Sitzungen der Arbeitskreise und sonstigen Gruppen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 ehrenamtlich geleistet werden, und der Summe der Arbeitsstunden für einzelne Projekte. Der Gesamtwert muss dann auf die Einwohnerzahl bezogen werden, um die zeitliche und interkommunale Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Für die Interpretation des Indikators ist zu beachten, dass damit nur ein Teil des bürgerschaftlichen Agenda-Engagements erfasst wird, da viele Mitwirkende sich in ihrer Freizeit auch über die gemeinsamen Sitzungen und Projekte hinaus mit dem Thema beschäftigen.

■ BEDEUTUNG

Die Lokale Agenda 21 ist als partizipativer Prozess angelegt und muss eine möglichst breite Bürgerbeteiligung anstreben, wenn der langfristige Erfolg sichergestellt werden soll. Dies lässt sich nicht an einem bestimmten Zielwert festmachen, sondern muss in Abhängigkeit von der konkreten Situation diskutiert werden. Es kommt darauf an, die Entwicklung insgesamt sowie bei den verschiedenen, in der Kommune

in Angriff genommenen Projekte, zu beobachten. Ein alarmierendes Zeichen ist sicherlich, wenn die Zahl der Teilnehmer sinkt, die Treffen seltener und die Projekte weniger werden. Umgekehrt sind stabile oder steigende Teilnehmerzahlen und regelmäßige Sitzungen und damit ein konstanter oder zunehmender Indikatorwert ein positives Zeichen für die Vitalität des Agendaprozesses in einer Kommune.

Ehrenamtlich geleistete Stunden im Rahmen der Agendaarbeit pro 1.000 Einwohner



■ ENTWICKLUNG

Dass die Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Jahr 2002 außergewöhnlich hoch war, lässt sich vor allem mit dem Engagement sehr vieler Menschen in vielen Projekten kurz nach der Auftaktveranstaltung (Herbst 2001) erklären. Allein der Kunstverein führte unzählige Aktionen durch.

Vom Kunstverein flossen ab 2003 nur noch die Stunden, die im Rahmen der in diesem Jahr gegründeten Agenda-Gruppe des Kunstvereins (sogenannte Kunst-Aktions-Programme) geleistet wurden, in die Statistik mit ein. Dies ist ein wichtiger Grund für den rasanten Rückgang der Stunden ab 2003.

Allerdings steigt die Stundenanzahl seit 2003 wieder stetig an. Natürlich sagen die Werte nichts darüber aus, auf wie viele „Schultern“ die Arbeit verteilt ist. Diesbezüglich ist nämlich festzustellen, dass immer weniger Leute sich in einzelnen Projekten engagieren. In Zukunft sollte ein Schwerpunkt der Agendaarbeit in der Werbung neuer aktiver Bürgerinnen und Bürger liegen. Darüber hinaus muss auch der Gedanken der „Lokalen Agenda 21“ verstärkt in die Bevölkerung hineingetragen werden, denn auch 16 Jahre nach der Konferenz von Rio de Janeiro können viele Menschen noch wenig oder nichts mit dem Begriff „Lokale Agenda“ anfangen.

Quelle: eigene Erhebung

Wie geht es weiter

... mit der Lokalen Agenda 21 in Hockenheim?



Im Bild (v.l.n.r.): Horst Eichhorn, Birgit Kaschta, Dieter Weißbrodt, Sybilla Albert, Ruth Kupper, Jochen Kern, Hildegard Jahn-Petermann und Andreas Sokoll.

Nicht im Bild: Andreas Askani, Tabitha Cramer, Walter Heinzel und Elmar Reiche.

Die Fortschreibung des Nachhaltigkeitsberichtes Hockenheim nach 5 Jahren wurde mit einer recht kleinen Gruppe innerhalb der PROAGENDA bewältigt. Hier zeigt sich auch das Hauptthema der Agenda-Aktiven recht deutlich: Der Agendaprozess ist nach wie vor bei den Bürgerinnen und Bürgern von Hockenheim nicht endgültig angekommen. Nachhaltigkeit und Agenda sind noch kein deutlicher Begriff, nur wenige neue Aktive gesellen sich hinzu. Das mag daran liegen, dass ehrenamtliches Engagement immer weniger Zuspruch findet, und die Vereine die letzten engagierten Kräfte binden. Dennoch muss es ein Ziel sein, die Aktivitäten und Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung unserer Stadt attraktiv, informativ und transparent zu machen. Bei einigen öffentlichen Veranstaltungen, wie z.B. denen des Kunstvereins (Kunst-Aktions-Pro-

gramme) oder des Tags der Artenvielfalt, wurden bereits gute Erfolge erzielt und Interessenten gewonnen. Anstoß zu neuen Projekten ist das Fernziel für die nächsten Jahre bis zum zehnjährigen Bestehen 2011.

Die Aktualisierung des vorliegenden Berichtes bot genügend Diskussionsbedarf, manch Indikator wurde als überflüssig abgeschafft, der eine oder andere hinzugenommen. War beim ersten Bericht noch die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) treibende Kraft, wurde dieser Bericht selbstständig recherchiert und verfasst. Dokumentierte Defizite des letzten Berichtes haben sich leider nur geringfügig verändert, positive Entwicklungen wurden jedoch durchaus erkannt. Die Vergleichbarkeit ist durch das Beibehalten der Darstellung gegeben, auch zu

anderen Gemeinden. Beispielsweise ist die Nachbargemeinde Ketsch im Jahre 2006 dem Beispiel Hockenheim gefolgt und hat ebenfalls einen NHB verfasst. Die Grundlagen für den NHB sind nach wie vor nicht ausgereift, das heißt viele Daten sind nur für den ganzen Kreis angeboten oder nicht verfügbar oder für Hockenheim nicht aussagekräftig. Die Arbeitsgruppe hat sich dennoch bemüht, die Indikatoren für alle verständlich darzustellen und zu interpretieren. Der Bericht wird auf der Homepage www.hockenheim.de zum download angeboten und ist so jedermann zugänglich.

Bis zur nächsten Fortschreibung wünschen sich die Agenda-Aktiven interessierte Leser und anregende Diskussionen, sowie viele neue engagierte Mitstreiter.

QUELLEN UND LITERATUR

1. DATENQUELLEN:

Indikatoren A1, A3, A4, A5, A7, A10, B1, B2, B3, B6, C3, D2:
Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
www.statistik.baden-wuerttemberg.de

Indikatoren A2, A4, A8, C1, D1, D2, D3, D4, D5:
Stadt Hockenheim

Indikatoren A6:
Stadtwerke Hockenheim, Umweltbundesamt, BUND, Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen

Indikator A7:
Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg:
www.kba.de

Indikator A9:
Stadtwerke Hockenheim, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

Indikator A10:
Untere Naturschutzbehörde Rhein-Neckar-Kreis

Indikator B4:
www.emas-register.de, Wikipedia

Indikator B5:
Stadt Hockenheim, Stadtwerke Hockenheim

Indikator B7:
Hockenheim-Ring GmbH

Indikator C1:
Sozialamt Rhein-Neckar-Kreis

Indikator C2:
Agentur für Arbeit Mannheim

Indikator C4:
Stadtbibliothek Hockenheim,
www.bibliotheksporta.de

Indikator C5:
Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis,
Gesundheitsamt Baden-Württemberg

Indikator C6:
Polizeirevier Hockenheim

Indikator C8:
Volkshochschule Hockenheim,
Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und
Technologie

Indikatoren A8, C7, D6:
eigene Erhebung

2. LITERATUR:

Ministerium für Umwelt und Verkehr
Baden-Württemberg u.a. (Hrsg.)
(2000): **Leitfaden „Indikatoren im Rahmen einer lokalen Agenda 21“**.
Bezugsquelle: FEST, Schmeilweg 5,
69118 Heidelberg

Teichert, Volker/Diefenbacher, Hans/
Dümig, Dorothee/Wilhelmy, Stefan
(2002): **Indikatoren zur Lokalen Agenda 21 – Ein Modellprojekt in 16 Kommunen**. Osnabrück: Leske
und Budrich

ADRESSEN UND ANSPRECHPARTNER

Große Kreisstadt Hockenheim Agenda-Büro

Ruth Kupper
Rathausstraße 1
68766 Hockenheim
Tel.: 06205 21-209
E-mail: r.kupper@hockenheim.de

Umweltministerium Baden-Württemberg

Postfach 10 34 39, 70029 Stuttgart
Tel.: 0711 126-0
E-mail: poststelle@um.bwl.de
Internet:
www.um.baden-wuerttemberg.de

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW)

Postfach 10 01 63, 76231 Karlsruhe
Tel.: 0721 5600-0
E-mail: poststelle@lubw.bwl.de
Internet:
www.lubw.baden-wuerttemberg.de

Landes-Agenda-Büro bei der LUBW

Postfach 10 01 63, 76231 Karlsruhe
Tel.: 0721 5600-1406
E-mail: agendabuero@lubw.bwl.de

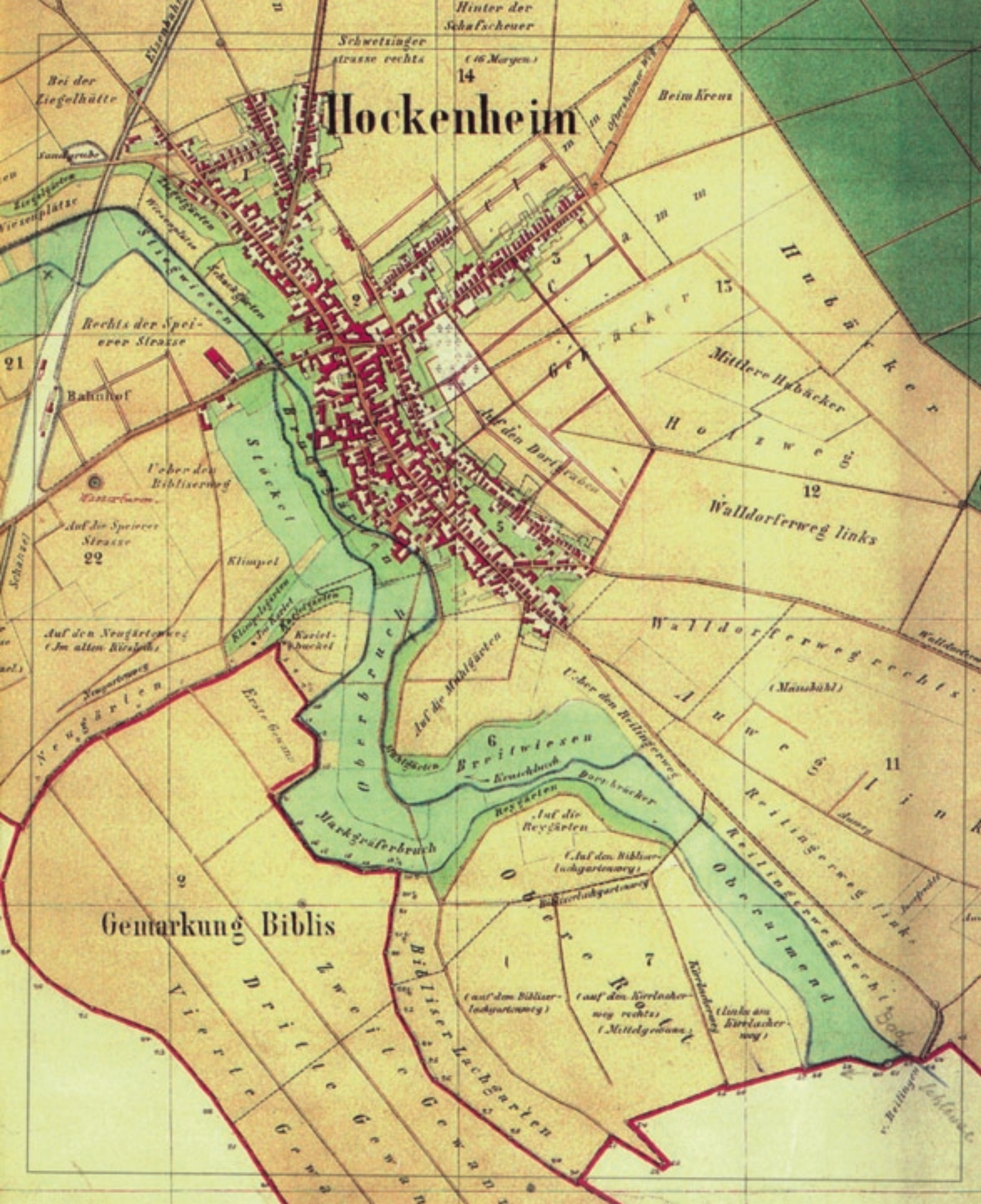
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST)

Institut für interdisziplinäre Forschung

Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg
Tel.: 06221 9122-0
E-Mail: info@fest-heidelberg.de
Internet: www.fest-heidelberg.de

Rechte Seite: Vom Straßendorf zur Großen
Kreisstadt – Plan von Hockenheim aus dem
Jahre 1856

Hockenheim



NOTIZEN

NOTIZEN

